Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Leipzig. Gaden & Komp., Nr. 20613.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. **Erscheint täglich** mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147. | Dresden, Donnerstag den 28. Juni 1917. | 28. Jahrg.

Neue Friedenskundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats. Pause in Stockholm. — Kriegszielerklärung Seidlers.

Der Friedenswille des Arbeiter- und Soldatenrats.

Nach Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands mit überwiegender Mehrheit für eine von den revolutionären und minimalistischen (gemäßigten) Sozialisten vorgeschlagene Entschließung ausgesprochen, daß der Kampf für schnellste Beendigung des Krieges die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstelle und daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage einer der kriegführenden Parteien sowie der Abschluß eines Sonderfriedens zurückzuweisen seien. Die revolutionäre russische Demokratie müsse einen Aufruf an die Demokratien aller Länder richten, den Wahlspruch „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzunehmen und zur Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses zur Ausarbeitung endgültiger Friedensbedingungen beizutragen. Die Regierung habe alle in ihrer Macht stehenden Maßregeln möglichst bald zu ergreifen, um die Rußland alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen und durch die Nachprüfung der Verträge mit den Alliierten und einen ausdrücklichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Der Kongreß sprach sich schließlich für die Verstärkung der Kampfkraft des russischen Heeres aus.

•

Es ist hocherfreulich, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat trotz allen **Entente-Treibereien** an seiner Friedenspolitik mit Entschiedenheit festhält. **Der Gegensatz** dieser Politik zu der in **London, Paris und Washington** beabsichtigten **Politik des vierten Kriegswinters** ist überaus scharf und deutlich. Die Frage ist nun, ob die russische Vorläufige Regierung mit derselben Entschiedenheit wie der Arbeiter- und Soldatenrat das Friedenswerk fördern will. Und die weitere Frage, ob es Rußland gelingen wird, auf den von ihm eingeschlagenen Weg auch die Westmächte zu drängen.

wtb. **Petersburg**, 27. Juni. Der Vollzugsausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates hat in Uebereinstimmung mit dem Bureau des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands beschlossen, **eine besondere, aus 6 Mitgliedern bestehende Abordnung nach Stockholm sowie nach Frankreich und England zu senden, um so bald wie möglich die Berufung einer internationalen Konferenz auf der Grundlage des vom Vollzugsausschuß angenommenen Programms vorzubereiten.**

•

Für Ordnung auf der Straße.

wtb. **Petersburg**, 27. Juni.

In der Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland am 25. Juni wurde mit erdrückender Mehrheit eine Entschließung über die Ereignisse am 22. und 23. Juni angenommen, die folgende Entscheidungen enthält: 1. Parteigruppen, zu denen Arbeiter- und Soldatenräte gehören, haben nicht das Recht, Kundgebungen gegen den ausdrücklichen Willen dieser Arbeiter- und Soldatenräte ins Werk zu setzen. 2. Friedliche Kundgebungen ohne Waffen können von diesen Gruppen und Parteien mit Wissen der Arbeiter- und Soldatenräte veranstaltet werden. 3. Alle bewaffneten Kundgebungen einschließlich Kundgebungen unter Teilnahme von Bewaffneten können nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte als einziger Organe, die den Willen der revolutionären Demokratie verkörpern, veranstaltet werden.

Nach der Annahme dieser Entschließung schlug der Einbringer vor, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Umstände, unter denen die erwähnte Kundgebung vorbereitet wurde, und über die Teilnahme reaktionärer Elemente an dieser Kundgebung.

•

Revolutionäre Kundgebung, aber Einigkeit und Zucht.

wtb. **Petersburg**, 27. Juni.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenvertreter ganz Rußlands hat in seiner Sitzung am 2. d. M. beschlossen, am 1. Juli an den Gräbern der Opfer der Revolution Kränze niederzulegen und aus diesem Anlaß eine große Kundgebung zu veranstalten. [illegible] alle revolutionären Parteiorganisationen, Gewerkschaften [illegible] Fabrik- und Werkstättenarbeiter sowie Militärabteilungen [illegible] werden sollen. Der Kongreß hat [illegible] unter Waffen eingeladen werden sollen [illegible], daß an demselben Tage entsprechende Kundgebungen in den wichtigsten Städten Rußlands wie Moskau, Kiew und [illegible] veranstaltet werden sollen, welche die Kraft, Einigkeit [illegible] Mannszucht der revolutionären russischen Demokratie zeigen [illegible]

•

Reformarbeit

Petersburg, [illegible] Juni. Die Regierung hat [illegible]

Erfolglose Beschießung von Ostende. — Gefechte bei St. Quentin.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Juli 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Schwere Fernfeuerbatterien beschossen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Hafenfestung Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus. Als Erwiderung wurde vom Feinde Ostende unter Feuer genommen; militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschießung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Zerstörungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuertätigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und der Artois-Front ziemliche Heftigkeit an.

Südöstlich von Nieuport wurde von unseren Stoßtrupps ein belgischer Posten aufgehoben; bei Hooge schlug ein feindlicher Erkundungsvorstoß fehl.

Südlich der Straße Cambrai—Arras erlitten die Engländer bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Sturmtrupps erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten. Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin entspannen sich mehrfach kleine Gefechte unserer Posten mit englischen Abteilungen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

An einzelnen Stellen nördlich der Aisne, nördlich von Reims und in der West-Champagne kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Am Hartmannsweilerkopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangener.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der ostgalizischen Front dauert die rege Feuertätigkeit an.

Mazedonische Front: Keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Angelegenheit Hoffmann-Grimm im Schweizer Nationalrat.

Bern, 28. Juni. In der gestrigen Vormittagssitzung des Nationalrates stellte, wie ergänzend gemeldet wird, der französische Kommissionsberichterstatter Secretan fest, daß Hoffmann nicht als deutscher Agent bezeichnet werden könne. Doch sei es fraglich, ob er nicht auch die Möglichkeit eines Sonderfriedens ins Auge gefaßt habe. Hoffmann hätte wissen müssen, daß auf der Seite der Entente die Stimmung gegen den Frieden sei.

Der Senior der sozialdemokratischen Fraktion, Greulich, gab eine Darstellung der russischen Revolution und den Regierungsverhältnisse in Petersburg, die Grimms Telegramm begreiflich erscheinen ließen. Grimm habe aber den ungeheuren Fehler begangen, sich bei der vorläufigen Regierung mißliebig zu machen, weshalb seine Tätigkeit überwacht und seine Depesche ihm zum Verhängnis wurde. Auch in Stockholm habe er sich unnötig in die Parteizwistigkeiten eingemischt. Redner bestritt eindringlich, daß Grimm im Auftrage der deutschen Regierung gehandelt habe, deren erbitterter Feind er immer gewesen sei. Ebensowenig habe er an einen Sonderfrieden gedacht. Man sei heute in der Schweiz viel zu nervös. Man habe es gar nicht nötig, vor dem Auslande Angst zu haben. Denn die Großmächte hätten miteinander genug zu tun.

laubnis des Finanzministers gestattet. Der Justizminister hat ein Gesetz gut geheißen, das die Frauen ermächtigt, vor Gericht die väterliche Gewalt auszuüben. Der Minister des Innern hat der Vorläufigen Regierung einen Gesetzesvorschlag über die Gewissensfreiheit zur Annahme vorgelegt. Glaubenswechsel findet durch mündliche Erklärung vor den betreffenden geistlichen oder religiösen Gemeinschaften statt. Der Glaube der Unmündigen bis zu neun Jahren wird von den Eltern bestimmt.

Fortdauernde Gärung.

Wie der Stockholmer Gewährsmann der Vossischen Zeitung meldet, hat sich nunmehr das gesamte Linienschiffsgeschwader der Gangut-Klasse, das aus den vier neuesten und größten Schiffen der russischen Ostseeflotte besteht, gegen die provisorische Regierung erklärt. Nachdem die Matrosen des Gangut und der Poltawa, wie schon neulich berichtet, eine dahingehende Resolution gefaßt hatten, beschlossen am vorigen Freitag auch die Mannschaften des Sebastopol und des Petropawlowsk, den Rücktritt der gesamten provisorischen Regierung zu fordern, die nicht mehr als Vertreterin eines freien russischen Volkes angesehen werden könne.

•

Stellungnahme französischer und englischer Sozialisten.

Der Schweizer Preßtelegraph meldet aus Paris: Die französische sozialistische Partei übermittelte dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Entschließung des sozialistischen Nationalrats vom 28. Mai. In einem Begleitschreiben wird auf den Beschluß der französischen Regierung, den französischen Delegierten die Pässe nach Stockholm nicht auszuhändigen, aufmerksam gemacht. Das Schreiben drückt den Wunsch aus, daß die Stockholmer Konferenz in jedem Falle erst nach einer Verständigung zwischen den russischen und französischen Sozialisten über die Tagesordnung stattfinden soll.

wtb. **London**, 27. Juni. (Reuter.) Daily Graphic berichtet, daß der **ausführende Ausschuß der englischen Sozialistenpartei** die Einladung des Petersburger Vertreterausschusses der Arbeiter und Soldaten, sich an der Konferenz in Stockholm zu beteiligen, **abgelehnt hat.** (Es handelt sich hier um die eine Richtung des englischen Sozialismus, die in der ganzen Kriegszeit sich chauvinistisch verhalten hat. D. Red.)

Die Pause in den Stockholmer Verhandlungen.

Der Stockholmer Korrespondent des Kopenhagener Social-Demokraten erklärt, daß die Vorbesprechungen der Stockholmer Friedenskonferenz als vorläufig abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Verhandlungen mit der deutschen Minderheit seien beendet. Die [illegible] Mitglieder [illegible] zurück und Frau [illegible] [illegible] Stockholm gebracht und [illegible] als beendet angesehen.

Auch das deutsche Parteivorstandsmitglied Hermann Müller, das für die deutsche Delegation noch in Stockholm geblieben war, hat seinen Aufenthalt dort abgebrochen. Der Hauptgrund dafür, daß einstweilen in Stockholm nichts weiter geschehen kann, ist die vollkommene Unsicherheit über die Absichten und Beschlüsse der Russen. Die Kuriere des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockholm sind seit mehr als acht Tagen ohne Verbindung mit Petersburg. Alle Versuche, Nachrichten von dort zu erhalten, sind fehlgeschlagen. Die einzig mögliche Erklärung dafür scheint zu sein, daß in Rußland neuerdings heftige innere Kämpfe ausgebrochen sein müssen, die die telegraphische Verbindung vollkommen unterbrochen haben.

Kriegsziel-Erklärungen.

Seidler. — Churchill.

wtb. **Wien**, 27. Juni.

Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage, betreffend die Mandatsverlängerung bis zum 31. Dezember 1918 an. In der Verhandlung über die Anfrage der Abgeordneten Daszynski, Dr. Stojan und Hruban an die Regierung, betreffend Vorbereitung für eventuelle Friedenverhandlungen, wies der Ministerpräsident Dr. v. Seidler zunächst die während der gestrigen Debatte gefallenen Aeußerungen zurück, die vom Standpunkte der Hochhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche als tief verletzend empfunden werden müßten. (Zustimmung und Beifall.) Weiter erklärte der Ministerpräsident nach Rücksprache mit dem Minister des Aeußeren: Die Annahme Daszynskis, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage für einen dauerhaften Frieden anerkannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es Seiner Majestät vorbehalten ist, Frieden zu schließen, und somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Oesterreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Verwahrung der Hoheitsrechte der Krone **ist die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit ihren Bundesgenossen auf der Grundlage eines ehrenvollen Friedens mit den Feinden in Verhandlungen zu treten, lehnt jedoch entschieden jede andere Grundlage für Friedensverhandlungen ab.** Der Minister des Aeußern hat unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschlusse, der die Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck gebracht. Hierüber kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde diesen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiter kämpfen im festen Vertrauen, daß die heldenmütigen Leistungen unserer Armee verbunden mit der aufopferungsvollen Tätigkeit des Hinterlandes den Tag bringen werden, an welchem den **Völkern der Monarchie der Lohn ihres Ausharrens durch den**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ehrenvollen Frieden gesichert wird. (Beifall.) Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Absichten, die aus dem vorliegenden Antrag sprachen, und die volle Würdigung der österreichisch-ungarischen Regierung erfahren, dürfen als Beweis dafür angesehen werden, daß die auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gerichtete Politik der Mittelmächte in der Auffassung des Hauses und in dem Willen der österreichischen Völker eine kraftvolle Stütze findet. (Beifall.)

•

Ueber Berlin wird gemeldet: Daß die sonst so bewunderungswürdige Kriegszielerklärung des Verbandes aus dem Januar 1917 heute doch einer Neuformulierung bedürftig sei, folgert Winston Churchill in der Sunday-Times auf Grund einiger Tatsachen, denen man ohne Selbsttäuschung ins Gesicht sehen müsse. Die im Felde befindlichen deutschen Armeen sind gegenwärtig stärker als je zuvor. An der Westfront sind sie kaum weniger zahlreich als unsere und die französischen zusammen. Die Revolution in Rußland hat vorläufig die Deutschen sehr beschwichtigt. Die wichtige französische Offensive, die General Nivelle so zuversichtlich im April in der Champagne begann, war eine Enttäuschung, wie die französische Regierung einzuräumen den Mut hatte. Die amerikanischen Armeen können bis zum Sommer 1918 keinen machtvollen Faktor auf den europäischen Schlachtfeldern bilden. Ohne das Eingreifen großer amerikanischer Armeen können wir aber nicht die zahlenmäßige Ueberlegenheit über den Feind erlangen, die vor dem Kriege für eine entscheidende, erfolgreiche Offensive als unerläßlich galt.

Der Fall Grimm-Hoffmann vor dem Schweizerischen Nationalrat.

wtb. **Bern, 27. Juni.**

Vor überfüllten Tribünen begann im Nationalrate heute die Verhandlung über den 6. und 7. Neutralitätsbericht des Bundesrats, aus welchem Anlaß der Fall Grimm-Hoffmann zur Sprache kam. Der Präsident des Neutralitätsausschusses Spahn-Schaffhausen erstattete den Bericht. Bezüglich der Angelegenheit Hoffmann stellte der Ausschuß mit Genugtuung fest, daß der Zwischenfall ohne jede Einmischung des Auslandes erledigt und bis zur Stunde nicht der leiseste Versuch einer Einmischung gemacht worden sei. Eine nachträgliche Einmischung müsse sich die Schweiz verbitten. **Aus dem Wortlaute der Depesche Hoffmann gehe mit aller Deutlichkeit hervor, daß er gar nicht an einen Sonderfrieden, sondern nur an einen allgemeinen Frieden dachte.** Sein einziger Wunsch war, zum allgemeinen Frieden so viel wie möglich beizutragen. Eine unfreundliche Handlung gegen die Entente lag somit auf keinen Fall vor. Mit Entrüstung sei der Vorwurf zurückzuweisen, Hoffmann habe als deutscher Agent gehandelt. Er sei einzig geleitet gewesen von banger Sorge um die Zukunft seines Vaterlandes.

In der Nachmittagssitzung setzte der Nationalrat die Debatte fort. Daucourt-Jura stellte den Antrag, die parlamentarische Untersuchung auch auf die Rolle Grimms auszudehnen, der in Petersburg das schweizerische Parlament bloßgestellt habe. Bossi-Tessin richtete heftige Angriffe gegen die ganze Neutralitätspolitik des Bundesrats, die von jeher einseitig deutsch orientiert gewesen sei. Heine-Neuenburg kritisierte scharf das Verhalten Hoffmanns und Grimms, die beide der Sache des Friedens geschadet hätten.

21700 Tonnen versenkt.

Berlin, 27. Juni. (Amtlich.) **Neue U-Booterfolge im englischen Kanal, in der Biscaya und in der Nordsee. Fünf Dampfer und vier Segler mit 21 700 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die französischen Segler Ernestine mit Grubenholz nach England, und Eugene-Eugenie, der portugiesische Dreimastschoner Amphitrite mit 300 Tonnen Butter, Kakao und Wein nach Frankreich, ferner ein großer, bewaffneter Tankdampfer von über 8000 Brutto-Registertonnen, ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und ein tiefbeladener, großer Frachtdampfer, die beide aus Geleitzügen herausgeschossen wurden. Zwei weitere versenkte Schiffe hatten Kohlen geladen.**

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Griechenland in den Händen der Entente.

Der Matin meldet aus Athen: Jonnart erließ eine Proklamation, die den Eintritt Griechenlands in den Bund der Alliierten feierlich verkündigt. — In der Kammer teilte Ribot mit, daß die Entente in Griechenland jetzt den Bundesgenossen sehe und demnach auch Griechenland in Zukunft behandeln werde.

Daily Telegraph meldet aus Athen: Die vorläufige Regierung aus Saloniki wird am 27. Juni die Regierung in Athen in sich aufnehmen. Venizelos und der König werden sich in diesen Tagen sehen. Venizelos und das Kabinett werden [illegible] erklärte jetzt, wenn das [illegible] Kabinett [illegible] habe und er die [illegible] Alliierten [illegible] Venizelos [illegible]

•

Der unbotmäßige Peloponnes.

[illegible]

•

[illegible] in Athen.

[illegible]

•

[illegible]

[illegible]

vollständig, zu deutsch, sich häuslich eingerichtet. Das italienische Korps umfaßt mehrere tausend Mann mit Feldartillerie. Nach der Abgrenzung der italienischen und griechischen Zone wird jetzt auch zwischen der italienischen Zone und dem von der Ententearmee besetzten Gebiet eine Grenzlinie gezogen. (Voss. Ztg.)

•

Essad-Pascha protestiert.

Secolo bringt ein Telegramm seines Sonderberichterstatters Zelli in Saloniki vom 12. Juni, worin dieser mitteilt, daß Italiens Schützling Essad-Pascha gegen die Proklamierung des italienischen **Protektorats über Albanien Einspruch erhebe. Gleichzeitig protestierte er bei den Ententemächten dagegen.**

Gustav Schmoller.

In Gustav Schmoller, dem 79jährigen, ist einer jener Männer hingegangen, die auf das Werden des geistigen Deutschlands, wie es heute ist, den stärksten Einfluß ausgeübt haben. Hunderte, die im öffentlichen Leben Deutschlands eine Rolle spielen, Tausende, die als Beamte in der Sozialpolitik, in allen Zweigen der Verwaltung tätig sind, haben zu seinen Füßen gesessen und seinen Lehren gelauscht.

Das Wesen Schmollers wird gewöhnlich in zwei Schlagworte zusammengefaßt: Historische Schule und Katheder-Sozialismus. Die Bedeutung dieser Schlagworte in Beziehung auf die Persönlichkeit Schmollers soll hier etwas näher dargelegt werden.

Schmoller hat sein Leben lang im Kampf gegen alle theoretischen Systeme der Nationalökonomie gestanden. Das Bedeutendste von ihnen war das auf die Ahnenreihe Smith-Ricardo zurückblickende marxistische System. Aus derselben Quelle der Adam Smithschen klassischen Nationalökonomie hatte sich aber auch die von Marx so heftig bekämpfte „Lehre von St. Manchester", die alleinseligmachende liberale Freihandelslehre entwickelt, die zur Zeit, die Schmoller seine Laufbahn begann, im öffentlichen Leben Deutschlands eine unvergleichlich größere Rolle spielte, als der nur wenig Eingeweihten bekannte und „mit dem Ludergeruch der Revolution behaftete" Marxismus. Im Gegensatz zum Marxismus und zu der gleichfalls auf die Smithsche Arbeitswertlehre zurückgehende liberale Vulgärökonomie stand als drittes Gebilde der theoretischen Nationalökonomie die sogenannte Grenznutzentheorie, die von Karl Menger und dem Engländer Jevons entwickelt worden war, auf deren Wesen aber hier nicht näher eingegangen zu werden braucht.

Gegen alle diese drei Systeme hat Schmoller mit wechselndem Glück hitzige Fehden geführt. Man kann wohl mit einer kleinen Uebertreibung sagen: Er pfiff auf jede Theorie. Weltanschauung war ihm nichts, Tatsachen waren ihm alles. Und so ging er darauf aus, wirtschaftliche Tatsachen der Gegenwart und ganz besonders auch der Vergangenheit zu durchforschen, und ein ungeheures Material teils selbst zusammenzuschleppen, teils von seinen Schülern zusammenschleppen zu lassen, aus dem er dann seine Erfahrungssätze ausbaute. In dem Sinn für das Tatsächliche, geschichtlich Gewordene berührt er sich mit dem Marxismus, „fehlt leider nur das geistige Band", das sich die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem Studium der klassischen Philosophie geholt hatten. Es fehlt auch die große leidenschaftliche Liebe zur Menschheit, die letzten Grundes der eigentliche Antrieb für die unermüdliche Forscherarbeit eines Marx und eines Engels gewesen sind.

Da die historische Schule die Dinge so schildern wollte, wie sie sind, konnte sie diese Dinge nicht zeigen, wie sie durch die rosige Brille der Regierung und der herrschenden Klassen aussahen. Wo es galt, die Tatsachen kapitalistischer Massennot der Welt ins Bewußtsein zu bringen, da hat die historische Schule dem Sozialismus manchen Dienst geleistet.

Das führt zu dem zweiten Schlagwort, mit dem das Wirken Schmollers etikettiert worden ist, zum Wort Kathedersozialismus. Dieses Wort wurde in den siebziger Jahren von dem engagierten Manchester-Mann, J. B. Oppenheim, als Schimpfwort gegen Schmoller geschleudert, ist aber im Laufe der Zeit, wie das öfters so zu gehen pflegt, mehr und mehr zum Ehrennamen geworden. Wie Schmoller ein Gegner aller tiefer fundierten Theorien war, so war er auch ein Gegner der prinzipiell antisozialistischen Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus. Für die „Nachtwächteridee" vom Staate, wie Lassalle sie nannte, die Idee, daß der Staat durch seine Polizeigewalt Leben und Eigentum schützen, sich aber sonst jedes Eingriffs in das freie Getriebe der Wirtschaft enthalten solle, hatte auch Schmoller nur Verachtung. Aus seinen geschichtlichen Studien wußte er, daß die Dynastien, nicht zuletzt die hohenzollernsche, mit der Geschichte eher sich fleißig beschäftigte, schon aus eigenstem Lebensinteresse in den Klassenkämpfen der verschiedenen Zeiten nicht neutral bleiben konnten, sondern daß sie oft genötigt waren, sich im Kampf gegen eine übermächtig werdende Klasse mit den schwächeren Klassen zu verbünden. In dieser geschichtlichen Erkenntnis liegt der Ursprung seines Interesses für die Sozialreform und für den Verein für Sozialpolitik, zu dessen Gründern er gehört.

Deutsches Reich.

Die neue Kreditvorlage.

† **Berlin, 27. Juni.** In dem dem Reichstage zugegangenen Entwurfe eines Nachtragsetats zum diesjährigen Reichshaushaltsetat wird der Reichskanzler ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 15 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen. Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und [illegible] sowie die etwa zugehörigen Zinsscheine können [illegible] oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnis [illegible] auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

Die Mittelbürgerschulen [illegible] des Innern.

[illegible]

[illegible]

[illegible]

ob die Leistungen der Zechen beschränkt werden sollten. Im Anschluß an diesen Beschluß wies der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Kirdorf, auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, in denen sich das Kohlensyndikat gegenüber den von allen Seiten herantretenden gewaltigen Anforderungen befinde, und richtete die dringende Mahnung an die Zechen, das äußerste aufzubieten, um die Förderung zu steigern. Es ist gelungen, sagte er, die Förderung im Mai und Juni etwas zu verstärken. Diese Steigerung ist zu verzeichnen, obwohl die Ueberweisung von gelernten Bergleuten aus dem Heeresdienste bisher noch nicht in der geplanten Höhe ausgefallen ist. Im Mai ist eine erhebliche Zunahme des Versandes eingetreten und ebenso im laufenden Monat. Trotzdem ist in beiden Monaten der Rückgang gegen die Anforderungen erheblich. Mit in allem überschreiten die Anforderungen zur Zeit die möglichen Leistungen ganz bedeutend. Schließlich erinnerte Geheimrat Kirdorf an eine traurige Erscheinung unserer Tage, daß nämlich dieser Kohlenmangel zu den wildesten Verdächtigungen gegen das Kohlensyndikat und seine führenden Männer Anlaß gegeben habe und wies unter dem Beifalle der Versammlung diese Angriffe ab. Schließlich wurde noch der Antrag der Rheinischen Stahlwerke in ihrem Sinne genehmigt.

Erhöhung der Mehlzölle. Auch die deutschen Mühlenindustriellen haben es eilig, die Brotverteuerung auch über den Krieg hinaus schon jetzt festzulegen. Einer Nachrichtenstelle zufolge hat die deutsche Mühlenindustrie, die in drei großen Organisationen zusammengeschlossen ist, an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der Wünsche für die künftige Gestaltung der Mehlzölle vorgetragen werden. Für den Fall einer Beibehaltung der jetzigen Zollsätze für Getreide wird eine Heraufsetzung des Mehlzolls auf das Zweieinhalbfache des Kornzolls in Vorschlag gebracht. Bei einer etwaigen Herabsetzung der Getreidezölle wird die Erhöhung der Mehlzölle auf das Dreieinhalbfache des Kornzolls für notwendig erklärt. Die Eingabe soll zum guten Teil durch die starke Konkurrenz der billiger arbeitenden ungarischen Großmühlen veranlaßt worden sein.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf zwischen Tisza und Esterhazy.

Budapest, 27. Juni. Die Vorlage über das Ermächtigungsgesetz wurde mit der Abänderung, daß sie nur auf vier Monate statt der von der Regierung geforderten sechs Monate Gültigkeit haben sollte, **mit 141 gegen 127 Stimmen angenommen.** Dieses Abstimmungsergebnis, das für die oppositionelle Tiszapartei eine Mehrheit von 14 Stimmen ergibt, wurde von der Regierungspartei mit dem ironischen Ausruf aufgenommen: **Das ist also die großartige Mehrheit?** Wo sind die übrigen 100 Mitglieder? Tatsächlich haben sich trotz wiederholter Mahnung der Parteileitung von der Tiszapartei, ungefähr 100 Mitglieder von der Abstimmung ferngehalten, was als Zeichen aufgefaßt wird, daß diese 100 mit der oppositionellen Haltung des Grafen Tisza nicht einverstanden sind.

Am Schlusse der Beratungen des Abgeordnetenhauses über das Ermächtigungsgesetz ergriff der Ministerpräsident Graf Esterhazy das Wort und sagte: Das Haus habe sich trotz des Gegensatzes in der Wahlrechtsfrage, der zwischen den Parteien herrsche, einhellig für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erklärt. Insbesondere habe **nicht ein einziger Redner für die Unabänderlichkeit des gegenwärtigen Wahlrechts gesprochen.** Dadurch erhalte die Grundlage des jetzigen Kabinetts als Wahlreformkabinett eine wertvolle Kräftigung.

Budapest, 28. Juni. Die Gegensätze zwischen den das Kabinett Esterhazy unterstützenden Parteien und der Tiszapartei verschärfen sich ständig. Die Tiszapartei will mit allen Mitteln die Demokratisierung Ungarns verhindern und veranstaltete neuerdings eine antisemitische Hetze, da der Finanzminister Vaszonyi Jude ist. Hiergegen protestierten sämtliche derzeitigen Regierungsparteien, einschließlich der katholischen Volkspartei, und feierten Vaszonyi stürmisch. Die das Kabinett Esterhazy unterstützende Presse fordert, gegen den Terrorismus der Tiszagruppe gleichfalls Terrorismus anzuwenden. Das sozialdemokratische Blatt Nepszava, das die Tiszaleute „Schwarze Garde" nennt, fordert energisches Auftreten Esterhazys gegen die Tiszapartei.

•

Wahlrechtsdemonstration der Arbeiter.

† **Budapest, 27. Juni.** Ung. Telegr.-Korr.-Bureau. Gestern abend veranstalteten die organisierten sozialistischen Arbeiter im Hofe des Stadthauses eine Volksversammlung, wobei sie die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht betonten. Die Teilnehmer zogen sodann vor den Klub der Arbeiterpartei. Die Menge, die auf ungefähr 25 000 Personen anwuchs, zog später teils durch die Andrassystraße, teils durch die Rakoczystraße weiter der Ringstraße zu, wobei Fenster eingeworfen wurden. Kleinere Gruppen durchzogen bis in die späten Nachtstunden die Straßen und wurden von der Polizei zerstreut.

England.

Unruhe unter den englischen Arbeitern.

Kopenhagen, 26. Juni. Kürzlich aus England eingetroffene Reisende berichten, daß in Liverpool und Manchester auf den Werften und in den Fabriken Streiks an der Tagesordnung sind. Der Schiffsverkehr in den englischen Häfen habe in letzter Zeit merklich abgenommen. In Edinburg und Leith verlangten neulich die streikenden Arbeiter ernstlich entweder Frieden oder Ausfahrt der Flotte. Holländisches Gemüse sei in England außerordentlich teuer. Für einen Kopf Salat bezahlen die Großhändler beim Eintreffen der Schiffe 35 Pf. Trotzdem herrscht in vielen englischen Städten großer Mangel an Kartoffeln und Gemüse.

Einer Krisis entgegen.

Baseler Blätter wird aus London berichtet: Bonar Law erklärte am 25. Juni in Manchester in einer Versammlung der Trade Union, ohne den entschlossenen Willen jedes einzelnen seinen Lebensunterhalt bedeutend zu beschränken, gehe England einer Krisis entgegen. Die Beschränkung des Nahrungsmittelverbrauchs [illegible] die Hälfte des bisherigen Verbrauchs [illegible] gewonnen wolle [illegible]

[illegible] Nahrungsmittelverbrauch zu beschränken, wie [illegible] Eine derartige [illegible]

Eine Kriegszieldebatte im englischen Oberhaus.

London, 26. Juni. [illegible]

Amerika.

Die bewaffnete Macht der Vereinigten Staaten.

Die Morningpost vernimmt aus Washington, daß die regulären Truppen der Armee und Flotte um mehr als das Doppelte in den letzten Wochen vermehrt worden sind. Das stehende Heer zählt nun 250 000 Mann. Die Nationalgarde ist auf 260 000 Mann gestiegen. Die Marineinfanterie ist 30 000 Mann stark. Die Zahl der Matrosen stellt sich auf 120 000 Mann. In den verschiedenen Uebungslagern, in denen die Offiziere ausgebildet werden, befinden sich 40 000 junge Leute. Elf Regimenter Eisenbahn- und Genietruppen sollen ausgebildet werden, von denen jedes Regiment über 12 000 Mann zählt.

Die Ausfuhrregelung.

Wilson bereitet kraft der ihm erteilten Vollmachten ein Ausfuhrverbot auf Lebensmittel für die neutralen Länder vor. Die neutralen Länder können danach auch weiterhin Lebensmittel aus den Vereinigten Staaten beziehen, die Mengen jedoch erfahren gewisse Einschränkungen. Außerdem müssen Garantien gegeben werden, daß die Vorräte nicht durch die Neutralen nach Deutschland gebracht werden.

Morgan u. Cie. übernimmt die Agentur der amerikanischen Regierung zum Ankauf von Vorräten für die Alliierten. Man erwartet, daß durch Vermittlung der Regierung Lieferungen im Betrage von 1 Milliarde pro Monat vorgenommen werden können. Es sind Erörterungen im Gange, um die Vorschüsse an die Alliierten auf der Grundlage von 400 Millionen Dollar zu finanzieren. Außerdem werde die Entente in den Vereinigten Staaten etwa 100 Millionen Dollar pro Monat aus eigenen Mitteln verausgaben. Eine Gruppe angesehener Amerikaner hat an Balfour und Viviani, die Führer der englisch-französischen Mission, eine Adresse gerichtet. Sie wendet sich gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Jakob Schiff und Charles Eliott.

Sicherung des mexikanischen Ernteüberschusses für die Entente.

Die Vereinigten Staaten bieten Mexiko unter sehr günstigen Bedingungen ein Darlehen von 60 Millionen Dollar gegen die Verpflichtung an, einen erheblichen Teil des Geldes zu landwirtschaftlichen Verbesserungen zu benutzen und den in Mexiko nicht benötigten Ernteüberschuß der Entente zur Verfügung zu stellen.

Ost-Asien.

Japan in China.

Amsterdam, 28. Juni. Nach Teil teilte Journalisten mit, daß Japan jede Einmischung in die russischen Verhältnisse ablehnte, da in Wladiwostok vorübergehend Ordnung hielt. Bei einer Ausdehnung der chinesischen Unruhen werde Japan Südchina besetzen, um die Interessen der Verbündeten zu schützen.

Parteiangelegenheiten.

Das Archiv der Partei

[illegible] die Bitte an alle Genossen um Einsendung von Flugblättern und Flugschriften über Partei- und Arbeiterfragen während der Kriegszeit. Nur durch die Mitarbeit aller Genossen ist es möglich, das historische Material auf dem Stande zu halten, der einer späteren Zeit die Kenntnis der Jetztzeit ermöglicht. Sendungen — auch der kleinste Handzettel ist erwünscht — sind zu richten an das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Niederrhein

in Elberfeld befaßte sich außer mit Organisations- und Agitationsangelegenheiten auch mit einem offenen Brief an Frau Zietz von der angeblichen Genossin Vogel aus Barmen, der durch die Tagespresse ging und in dem die bekannten Anwürfe gegen die Partei wiederholt wurden. Es wurde festgestellt, daß in Barmen eine Genossin dieses Namens, die dank ihrer Arbeit für die Frauenbewegung berufen wäre, einen solchen offenen Brief an Frau Zietz zu richten, nicht bekannt ist. Man wandte sich daher auch an die Redaktion der Freien Presse in Elberfeld um Auskunft, die die „Genossin Vogel" öffentlich aufforderte, ihre Adresse bekanntzugeben, damit man mit ihr in Verbindung treten könne. Da sich keine Frau Vogel gemeldet hat, so muß man annehmen, daß es sich im Falle Vogel um ein plumpes Schwindelmanöver der Elberfeld-Barmener Minderheit gehandelt hat.

Ein sozialdemokratischer Polizeiverwalter in Preußen.

In Höhscheid bei Solingen wurde dem sozialdemokratischen Beigeordneten Freund die Polizeiaufsicht über Mühlen, Bäckereien und Metzgereien übertragen. Er dürfte der erste Sozialdemokrat in Preußen sein, der Polizeigewalt ausübt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wachstum der freien Gewerkschaften!

Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände beginnt wieder zu steigen; sie hat wieder eine Million überschritten. Im ersten Quartal 1917 stieg die Zahl der männlichen Mitglieder von 900 000 auf [illegible], die Zahl der weiblichen Mitglieder von 179 000 auf [illegible], also um über 5000 Arbeiterinnen mehr. Am 31. März 1917 waren über 5000 Arbeiterinnen mehr gewerkschaftlich organisiert als vor dem Kriege. 1 340 000 Gewerkschaftsmitglieder stehen unter den Fahnen. Die Gewerkschaftsunterstützungen, die aus den Zentralkassen ausgezahlt wurden, haben 60 Millionen Mark überschritten, davon 24½ Millionen Mark Arbeitslosenunterstützung und 28 Millionen Mark Familienunterstützung. Welche Lohnzulagen die Gewerkschaften während des Krieges herausgeholt haben, obwohl diese größtenteils der Teuerung nicht gleichkommen, ist ja bekannt.

Streikdrohung des amerikanischen Schiffsarbeiterverbandes.

Wie Holland Nieuwe-Bureau aus Washington meldet, haben Besprechungen zwischen der Regierung und Führern des Schiffsarbeiterverbandes stattgefunden. Der Verband hätte neue Forderungen erhoben gehabt und sei entschlossen, den Streik zu erklären, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

[illegible] Sitzung, Donnerstag, 28. Juni, vorm. 11½ Uhr.

Die Kammer erteilt zunächst zu der auf Grund von § 88 der Verfassungsurkunde erlassenen Verordnung über den Erwerb von Reichskriegsanleihe für Familien[illegible] nachträglich ihre verfassungsmäßige Zustimmung und nimmt dann den Nachtragsetat für 1916/17 in Schlußberatung. Nach unwesentlicher Debatte werden die Anträge der Finanzdeputation A zum Beschluß erhoben.

[illegible] des Nachtrags zum außerordentlichen Staats[illegible]

[illegible] der Fleischzulage für die minderbemittelte Bevölkerung 6 232 000 M. Zuschüsse

Abg. Lange (Soz.): [illegible] und die Maßnahmen, die zu dieser [illegible], bilden den höchsten Grad der Schwierigkeiten [illegible], die wir bisher in Deutschland durch[illegible]. Wir befürchten, daß diese Schwierigkeiten weiter [illegible]. Sie sind darauf zurückzuführen, daß die Kar[illegible] verlangt hat. Deshalb [illegible] dem Bericht des Präsidenten des Kriegs[illegible] Mit der Gegenseite steht [illegible] zwei Seelen. [illegible] er auf der Seite der Erzeuger, mit der rechten Seite mißt er kraft seiner Amtsgewalt den Konsumenten die knapp bemessenen Rationen zu. Bedauerlicherweise sind selbst diese kärglich bemessenen Rationen auf dem Papier stehen geblieben. Wir in Sachsen können wirklich ein Liedchen davon singen. Bei manchen Landwirten liegen heute noch viele Zentner Kartoffelflocken auf dem Scheunenboden zur Verfütterung bereit, dadurch sind der menschlichen Ernährung Kartoffeln entzogen worden. Die Kartoffelnot hatte wiederum zur Folge, daß auch unsere Brotversorgung in Schwierigkeiten geriet. Eine Verbesserung der Ernährung bedeutet die Fleischzulage durchaus nicht. Von einer Verlängerung der Landwirtschaft kann angesichts des Notstandes in den Großstädten im Ernste niemand reden. Bei der jahrelang anhaltenden Kartoffelnot können wir uns den Luxus einer so großen Schweinehaltung nicht leisten. Wir begrüßen deshalb die Reduzierung der Schweinebestände. Anders liegt allerdings die Sache bei den Rindern, wo freilich die Abschlachtung auch nur eine verhältnismäßig geringe ist. Der eingestellten Forderung stimmen wir zu, weil sie eine zwingende Notwendigkeit war. Damit heißen wir aber keineswegs die übrigen Maßnahmen gut. Es wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, zu untersuchen, warum jetzt eingesalzenes Gemüse verdorben an die Bevölkerung zur Verteilung kommt, warum jetzt Marmelade in gärendem Zustande ohne Marken an die Bevölkerung abgegeben wird, während man im Februar nicht wußte, was man der Bevölkerung als Nahrung zuweisen sollte. Es muß deshalb bei der neuen Ernte von vornherein die menschliche Ernährung vor die der Tiere gehen. Die Kartoffelversorgung muß für das nächste Jahr gewährleistet werden. Bei der neuen Ernte muß alles für die menschliche Ernährung festgehalten werden, ehe sich ein Teil wieder verkrümelt. Die Gesamternte muß also erfaßt werden. Den Landwirten weise man so viel Getreide zu, wie sie zur Fortführung ihrer Wirtschaft in der richtigen Form brauchen, um Hinterziehungen von vornherein zu vermeiden. Hart an der Grenze sind wir gewesen, obwohl niemand behaupten kann, daß es nicht hätte anders sein können. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Göpfert (Natl.) wünscht, daß, wie im vorigen Jahre, auch im neuen Wirtschaftsjahre ein sächsischer Beamter als Reichskommissar in den preußischen Kartoffelversorgungsgebieten tätig sein möge.

Abg. Andree (Kons.) polemisiert gegen den Abg. Lange und nimmt die Landwirtschaft in Schutz.

Minister des Innern, Graf Vitzthum: Der von der Reichsstelle in Ausarbeitung befindliche Entwurf über die Kartoffelversorgung deckt sich mit dem Plan für das Wirtschaftsjahr 1916/17. (Zuruf: Leider!) Dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts bleibt es überlassen, die Bemessung der Rationen, die Saatgutbeschaffung und die Frage der Verfütterung von Kartoffeln zu regeln. Eine umfassende Organisation für die Herbeischaffung der Kartoffeln nach den Städten im Herbst unter Gewährung militärischer Hilfe müsse gefordert werden. Die Rechte der Zuschußverbände müssen gegenüber denen der Ueberschußverbände erweitert werden. Die Wünsche des Abg. Göpfert begegneten sich mit denen der Regierung. Von der preußischen Regierung sei alles Entgegenkommen zu erwarten. Zum Ausgleich zwischen den bisher teilweise sehr ungleichmäßig belieferten Städten und Bezirken soll eine Landes-Kartoffelstelle eingerichtet werden.

Darauf werden die Mittel bewilligt.

Es folgt der Bericht der Finanzdeputation A über den Antrag Anders-Seyfert-Heitner (Natl.) wegen

Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse

und Anrechnung solcher für Pensionäre und Hinterbliebene. Die Deputation beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem das Gesetz vom 1. Juli 1912 über die Wohnungszuschüsse geändert wird, dergestalt, daß a) die Jahresbeträge der Wohnungszuschüsse für die einzelnen Beamten und Ortsklassen des dem Gesetz angefügten Tarifs nicht wie jetzt unter den Jahresbeträgen der Wohnungsgeldzuschüsse der Reichs- und der preußischen Beamten bleiben, b) daß die Pensionäre und Hinterbliebene von Beamten, Geistlichen und Lehrern, denen bisher der halbe Tarifsatz der ersten Ortsklasse des Wohnungsgeldzuschusses bei Bemessung ihrer Pensionen oder der Witwen- und Waisengelder noch nicht angerechnet worden ist, diese Beträge noch angerechnet werden.

Die Abgg. Anders und Dr. Kaiser (Natl.) verwenden sich für die zu diesem Gegenstande vorliegenden Petitionen.

Geh. Finanzrat Heberich: Die Regierung würde die Annahme des Deputationsantrages bedauern mit Rücksicht auf die Hoffnungen der Beamten und Pensionäre, die hieran geknüpft werden, aber sich kaum erfüllen dürften. Die Wohnungsgeldzuschüsse in Sachsen bauten sich auf viel breiterer Grundlage auf als im Reiche und in Preußen. Der gegenwärtige Zeitpunkt lasse eine grundlegende und organische Abänderung des Gesetzes über die Wohnungsgeldzuschüsse weder rätlich noch durchführbar erscheinen. Nach dem Kriege werde die Regierung an eine grundlegende Aenderung der Besoldungsverhältnisse herangehen. Den Altpensionären und deren Hinterbliebenen solle im Bedürfnisfalle eine besondere Unterstützung gewährt werden.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Schanz (Kons.), bedauert den ablehnenden Standpunkt der Regierung.

Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen.

Zur Unterstützung der erwerbslos gewordenen Textilarbeiter und Schuhmacher

sind unter Tit. 3 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltsplan 4 627 006 M. zur Einstellung gelangt. Die Deputation beantragt die Bewilligung der Summe.

Abg. Rückert (Natl.) erklärt eine vom Abg. Wilde früher aufgestellte Behauptung, daß manche mit Heeresaufträgen versehene Unternehmer Löhne bezahlten, die jeder Beschreibung spotteten, als unzutreffend, soweit eine Großschönauer Firma in Frage komme, gibt aber zu, daß die Einkommensverhältnisse einer großen Anzahl Lausitzer Industriearbeiter auch in der Kriegszeit recht mißlich seien. Unter dem Rückgange der Ernährung leide die Arbeitsfreudigkeit, gehe die Produktion zurück und sinke der Verdienst. Das alles seien Dinge, die abzustellen die Unternehmer gar nicht in der Lage seien. Mancher Unternehmer sei durch die Stillegung der Betriebe schon jetzt an den Rand des Ruins gebracht. Wer helfe denn diesen Unternehmern? Zweifellos werde die Lohnfrage in der Textilindustrie nach dem Kriege aufgerollt werden.

Frau Kupfer vor Gericht.

Zu Beginn der Mittwochsitzung bittet Justizrat Dr. Löwenstein zunächst, die Angeklagte zu befragen, wie viele Einlagen in den zwei Jahren ihr zugeflossen sind, wie viel sie davon verwendet hat und ob ihr auch nicht ein Pfennig verblieben ist. — Angekl.: Nach meiner Rechnung sind mir etwa 3 204 000 M. zugegangen und über 3 100 000 M. habe ich ausgezahlt. Die verbleibenden etwa 70 000 Mark habe ich zu meinem Leben verbraucht. Beiseite geschafft habe ich nichts. Die 3 000 000 M. Einlagen sind wieder in die Hände der früheren Einleger zurückgeflossen.

Der Zeuge Körting.

Einer der Hauptbeteiligten, Herr Fritz Körting (Dahlem), wird nun vernommen. Wie Frau Kupfer angibt, hat der Zeuge im ganzen etwa die Summe von 45 000 M. in ihr Geschäft als Beteiligung eingezahlt und gegen 130 000 M. als [illegible] Gewinn bar zurückgezahlt erhalten. Sein Konto schließt in den Büchern mit 758 000 M. ab, wovon 612 000 M. zugunsten des Zeugen stehen. Nach der Angabe der Frau Kupfer berechnet der Zeuge auf diese Summe von 612 000 M. seine noch bestehende Forderung an sie, die aus seiner Gewinnbeteiligung herrührt. — Staatsanwalt Loch: Also Körting hat für 45 000 M. bare Einlage 130 000 M. baren Gewinn erhalten und fordert außerdem noch 612 000 M. als noch ausstehenden Gewinn! — Zeuge: Eines Tages ließ mir Frau Kupfer dann sagen, sie habe ein ausnahmsweise günstiges Geschäft — es war ein Rauchwarengeschäft —, an dem

in zehn Tagen 30 Prozent

zu verdienen seien. Dieser Verdienst schien mir nicht verblüffend, da wir in einer Branche mit 40 Prozent Aufschlag zu arbeiten gewohnt sind und ich außerdem kaufmännisch unerfahren bin. Es ist nicht wahr, daß ich der erste gewesen sei, der Unterlagen verlangt habe; ich habe keine Unterlagen verlangt, da ich nach den ganzen Umständen volles Vertrauen hatte. Mein erster schriftlicher Vertrag basierte auf 15 Prozent, das Geschäft zu 30 Prozent für zehn Tage war ein exzeptionell günstiges Sondergeschäft. — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bekundet der Zeuge, daß er etwa 30 000 M. eingezahlt und seine Einlagen und 182 000 M. Gewinn bar zurückerhalten habe. — R.-A. Kalischer: Der Zeuge hatte aber noch 612 000 M. Außenstände. Es ist das immerhin bezeichnend, wie der Zeuge die Angeklagte ausgenutzt hat. — Vors.: Ich bitte, sich in den Ausdrücken zu mäßigen; der Zeuge hat, wie so mancher andere, die Konjunktur ausnutzen zu können geglaubt. — R.-A. Kalischer: Das ist doch

eine eigentümliche Ausnutzung der Konjunktur.

Der Zeuge erklärt noch, daß er seinen ganzen Gewinn an die Konkursmasse zurückgezahlt habe. —

Die nächste Zeugin, Frau Wille, geb. Körting, ist die Frau des jetzt im Felde stehenden Architekten Wille. Sie hat von den Geschäften der Kupfer gehört und da ihr diese von einsichtigen Leuten als eine ehrliche, umsichtige und fleißige Frau geschildert wurde und bei ihr der Gedanke mitspielte, daß es doch eine Wohltat wäre, wenn so viel Getreide und Lebensmittel als möglich in das Land kämen, habe sie sich mit Einlagen beteiligt. Da solche Geschäfte mit Dänemark, Rumänien usw. in heutiger Zeit doch immerhin ein großes Risiko in sich schließen, sei der ihr gewährte Prozentsatz doch nichts Ungewöhnliches. Die Zeugin hat 50 400 Mark eingezahlt und nach ihrer Rechnung über 130 000 M., nach der Behauptung der Angeklagten über 150 000 M. zurückerhalten. Frau Kupfer habe sie nicht aufgefordert zu Einlagen, sie habe vielmehr aus eigenem Antrieb sich zur Teilnahme an den Geschäften entschieden. Frau Kupfer habe ihr bei Gelegenheit gesagt: „Sprechen Sie die Sache nicht weiter herum, es wächst mir sonst über den Kopf!" Die Zeugin hat den Gewinn nicht zurückgegeben. Konkursverwalter Schmidt behauptet, unter Widerspruch der Zeugin, daß diese nur 20 000 M. eingezahlt und Gewinne von 161 000 M. bezogen habe. Sie habe sich geweigert, diese zurückzuzahlen.

Der Zeuge Baron Karl v. Zech hat eine Anzahl Bekannte und Verwandte, darunter seinen Bruder, den Rittmeister v. Z., zu Beteiligungen in den Kupferschen Geschäften und teilweise bedeutenden Einzahlungen veranlaßt. Er hat dafür nach seinen Angaben etwa 25 000 bis 30 000 Mark als Provision verdient, während die Angeklagte diese auf 44 000 Mark beziffert und zum Beweise dessen auf die Quittungen darüber verweist.

Zeugin Frau Fabel, von der Frau Kupfer die möblierte Wohnung am Kaiserdamm mietete, wurde von dieser ersucht, ihre Verwandten für ihre Geschäfte zu interessieren; diese lehnten jedoch mit der Begründung ab, die von der Angeklagten gewährten Prozentsätze seien zu hoch, die Geschäfte schienen nicht reell zu sein. Sie selbst hat sich dann aus eigenen und aus Mitteln ihrer Mutter nach und nach, nach ihrer Angabe, bis zur Höhe von etwa 6800 Mark beteiligt und gegen 7000 Mark zurückgezahlt erhalten. Nach der Berechnung der Frau Kupfer hat die Zeugin, was auch vom Konkursverwalter Schmidt unterstützt wird, jedoch nur etwa 2400 Mark bar eingezahlt und dieses Kapital sowie über 8000 Mark Gewinn zurückerhalten.

Zeugin Bücherrevisorin

Fräulein Geigkeit

ist auch eine der Hauptbeteiligten und durch Frau Wille mit der Angeklagten bekannt geworden. Sie hat teils für sich selbst, teils für andere, die sie anwarb, die Summe von 119 000 Mark eingezahlt und im Laufe der Zeit 79 000 Mark Kapital und über 155 000 Mark Gewinnanteil wieder ausbezahlt bekommen, also erheblich mehr, nach der Angabe der Zeugin etwa 125 000 Mark, als sie einzahlte. Die Berechnung des Sachverständigen Schmidt ergibt für sie sogar einen Ueberschuß von 180 000 Mark.

Keine Erinnerung an den Gewinn.

Kaufmann Leopold Mändel-Charlottenburg will 150 000 Mark an Waren und 200 000 Mark bar eingelegt haben. Nach der Behauptung der Frau Kupfer sollen die ihm geleisteten Auszahlungen bedeutend höher gewesen sein als die Einzahlungen. Der Zeuge erklärt, nicht sagen zu können, wieviel er verdient hat. Diese Angabe wird von der Verteidigung angezweifelt. Auch Konkursverwalter Schmidt erklärt, es sei unmöglich, daß der Zeuge nicht wissen sollte, wie hoch sein Verdienst sei. Nach Ausweis der bei den Konkursakten befindlichen Quittungen stellte sich die Sache so, daß dem Zeugen ein Reingewinn von 198 000 Mark erwachsen ist. Zeuge: Das ist ganz ausgeschlossen! — Staatsanwalt Loch: Will der Zeuge unter seinem Eid bekunden, daß er nicht weiß, was er verdient hat? Der Zeuge hält offenbar mit der Wahrheit zurück!

Ein Geschädigter.

Zu den Geschädigten gehört der Kommerzienrat Stern-Charlottenburg. Er hat seinerzeit die Angeklagte durch Herrn Körting kennen gelernt und eines Tages den Besuch der Kupfer erhalten, die ihm für einen armen Jungen, den sie betreute und erzog, eine Bitte vortrug. Dabei sei dann das Gespräch auch auf die lukrativen Geschäfte der Angeklagten gekommen, und er habe später sich auch zu einer Einlage von 25 000 Mark entschlossen. Davon habe er 3000 Mark als Gewinnanteil zurückerhalten; um den Rest sei er geschädigt worden.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte für den 29. Juni:

Zeitweise Trübung, keine wesentliche Temperaturänderung; Gewitterneigung; sonst meist trocken.

Letzte lokale Nachrichten.

Schwurgericht.

Das Urteil im Prozeß der Eheleute Beyer. Beyer wurde wegen Betrugs und fahrlässigen Falscheides zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Ehefrau wurde freigesprochen.

Vergiftet hat sich heute vormittag durch Einatmen von Leuchtgas in dem Grundstück Beethovenstraße 6 ein 20jähriges Dienstmädchen. Die an ihm von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Beim Baden ertrunken ist am Mittwoch abend der 13jährige Schulknabe Walter Haupt. Es war nicht möglich, ihn vom Tode des Ertrinkens zu retten. Sein Leichnam konnte noch nicht geborgen werden. Er war nur mit roter Badehose bekleidet.

Telegramme.

Das Kabinett Venizelos.

† Athen, 27. Juni. Venizelos hat ein Kabinett gebildet, in dem er den Vorsitz und das Kriegsministerium übernimmt. Repulis ist Minister des Innern, Politis Minister des Aeußern und Kunduriotis Marineminister.

† Paris, 27. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Athen gehören dem Kabinett Venizelos außer den bereits gemeldeten Ministern noch an: Dingeos Unterricht und Kultus, Andreas Michalakopulos Finanzen, Spyridis Volkswirtschaft, Papanastasiu Verkehr, Johannes Tsirimokos Justiz, Negropontis Ackerbau und Domänen, Simos Fürsorge, Embirikos Verpflegung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bekanntmachung.

Da bei dem bevorstehenden Vierteljahreswechsel der 1. Juli, der stets einen besonders starken Kassenverkehr mit sich zu bringen pflegt, auf einen Sonntag fällt, haben die Unterzeichneten im Interesse einer besseren Abfertigung ihrer Kundschaft beschlossen, am 30. Juni und 2. Juli die infolge des Krieges eingeschränkten Kassenstunden zu verlängern. **Sie werden daher ihre Schalter sowohl im Hauptgeschäft wie auch in sämtlichen Depositenkassen**

am **Sonnabend den 30. Juni 1917** von 9 bis **3 Uhr ununterbrochen**

am **Montag den 2. Juli 1917** von 9 bis 1 Uhr vormittags und **3 bis 5 Uhr nachmittags**

geöffnet halten.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden
Deutsche Bank, Filiale Dresden
Dresdner Bank
Philipp Elimeyer
Mitteldeutsche Privatbank Aktiengesellschaft
Sächsische Bank zu Dresden.

[S4

Potschappel.

Auf den auf die Zeit vom 25. bis 30. Juni 1917 lautenden Wochenabschnitt der roten Kartoffelkarte sowohl als auch auf den auf die gleiche Zeit lautenden Abschnitt der Zusatzkartoffelkarte für Schwerarbeiter kann je 1 Pfund Kartoffeln zum Preise von 6½ Pf. in dem Geschäft entnommen werden, für dessen Kundenliste der Kartenhaber angemeldet ist.

Potschappel, am 28. Juni 1917. [W 101

Der Gemeindevorstand.

Baugenossenschaft zu Leuben e. G. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1916.

Bestände.

1. Miethäuser	297 418.38 ℳ
2. Inventar	250.00 ℳ
3. Sparkassenguthaben	2 398.21 ℳ
4. Rückstände	566.85 ℳ
5. Kassenbestand	698.67 ℳ
	301 327.11 ℳ

Schulden.

1. Geschäftsguthaben	31 643.88 ℳ
2. Rücklagen	4 965.50 ℳ
3. Hypotheken	261 862.38 ℳ
4. Sonstige Schulden	1 733.19 ℳ
5. Reingewinn	1 122.16 ℳ
	301 327.11 ℳ

Mitgliederbestand.

Am 31. Dezember 1915	89
Im Laufe des Jahres eingetreten	1
Ausgeschieden	7
Bestand am Jahresschlusse	83

Die Haftsumme, für die am Jahresschlusse alle Genossen zusammen aufzukommen haben, beträgt 81 000 ℳ. Das Geschäftsguthaben der Genossen hat sich im Jahre 1916 um 1458.87 ℳ vermindert. Die Haftsumme verminderte sich um 1200 ℳ. [W55

Der Vorstand. F. Müller. A. Schröer. O. Kranke.

Arb.-Radfahrer-Mitgliedschaft Bund Solidarität Dresden

Sonnabend den 30. Juni im großen Saale der **Zentralhalle**, Fischhofplatz 10 [S 605

Gr. Unterhaltungs-Abend

ausgeführt von den bekannten und allgemein beliebten **Lein-Gold-Sängern mit hochinteress. Programm.**

Einlaß 7 Uhr. Eintrittskarten mit Programm 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Einen genußreichen Abend in Aussicht stellend, ersucht um recht zahlreichen Besuch **Die Gesamtverwaltung.**

MUSENHALLE [W 167

Täglich abends 8.10 Uhr. Heute neues Programm!

Der Wildschütz. Oberbayrisches Volksstück in zwei Bildern.

August kommt! Militärburleske.

Und der neue, vorzügliche Solosteil! Erstklassig!

Jeden Sonntag 2 Vorstellungen! 4 bis 7, 8 bis 11 Uhr. Nachmittags 4 bis 7 Uhr Programm wie abends. Ein Kind mit Eltern frei.

SARRASANI

Täglich 8 Uhr

Der große Circus-Spielplan

und

nur noch kurze Zeit

PREZIOSA

Romantisches Schaustück in 4 Aufzügen [S 59

Musik von C. M. v. Weber

Aufzüge — Ballette — Reiterszenen.

VORANZEIGE

Ab Sonntag den 1. Juli

Gastspiel des Direktor Licho

Frau Angerstein-Licho — Ernst Deutsch — Hans Steiner

vom Dresdner Albert-Theater

in der Tragödie ohne Worte

DIE HAND.

Einige tüchtige

Dreher und Schlosser

für sofort gesucht.

The United Cigarette Machine Co., Fil. Dresden

Dornblüthstraße 43. [S 237

Zimmerleute, Arbeiter u. Arbeiterinnen

werden sofort angenommen bei den Gasanstaltserweiterungsbauten Dresden-Reick. Zu melden daselbst bei den Polieren, Herren **Scheumann** und **Glebe.** [S335

Emil Jacob, Unternehmung für Eisenbahn-, Tief- u. Betonbauten, Inh.: **Oscar Schelzig**

Dresden-Niedersedlitz.

Geübte Packerinnen

und

Arbeitsmädchen

sofort gesucht.

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

Schandauer Straße 68. [S112

Als Geschirr- und Autobegleiter suchen militärfreie, zuverlässigen

Markthelfer

möglichst mit Fahrkenntnissen, in dauernde Stellung.

Ver. Escheebachsche Werke Akt.-Ges.

Dresden-N., Riesaer Straße 7.

Reparatur-Maschinen- und Hilfs-Schlosser

suchen

Schladitz-Werke A.-G., Zwickauer Str. 39. [S3

Gelernte Schlosser und Drehe

für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sofort gesucht.

Karl Drehmann & Co., G. m. b. H., Maschinenfabrik, Gesuig

Näh-Ahle „Juwel"

D. R. G. M. u. Patent.
K. K. österr. u. k. ungar. Patent.

Jeder wenig. Reparateur! Sie näht Steppstiche wie eine Nähmasch. Größte Erfindung am Leder, Felle, Leinwand usw. mit der Hand zu nähen. Zum Reparieren von Schuhen, Geschirr., Gummiteilen, Fenster, Reifen, Treibriemen, Fahrradmänteln usw. Preis per Stück mit 3 verschiedenen Nadeln und Faden **Mk. 3.50**

unter Nachn. Porto u. Verpack. frei. Sehr viele Anerkennungen.

Man beachte:

1. „Juwel" ist unübertreffliches Originalfabrikat!
2. „Juwel" ist aus Metall (kein Eisen), daher solid!
3. „Juwel" hat die handlichste und kürzeste Form und können deshalb Schuhe wirklich damit repariert werden!
4. „Juwel" hat im Heft gelagerte Metallspule, deshalb kein Verwickeln u. Abreißen des Fadens!
5. „Juwel" hat i. Heft einen Nadelbehälter! „Juwel" kann deshalb niemals mit billigen hölzernen oder metallenen Nachahmungen verglichen werden, die alle kaum einen obiger Vorzüge besitzen!

General-Vertrieb

B. Höpfl, München 26

Lerchenfeldstraße 39

[S 335

Markthelfe

Laufbursche oder Laufmädch. gesucht. **Carl Meyer,** Han... straße Nr. 17/19. [S1

Annähfüße

in jeder Preislage, auch für Kin... von 12 bis 14 Jahren. Dieselben werden auf einer Spezialmaschine gratis angenäht. Hierzu ...

Gutes, wollnes Strickgarn

schwarz und grau.

Prima Häkelgarn, Knäuel ...
Handzwirn, Rolle 10 ₰, ...
Handzwirn, Rolle 13 ₰, ...
Prima Mako-Strümpfe, ... 8 Paar 2.85 ℳ [W ...

Chemnitzer Strumpfwarenfabrik, Webwaren-Niederlage

Rosenstraße. Ecke Annenstraße.

Friedr. Knauth

Postkartenverlag

Schirgiswalde i. S.

früher über 20 Jahre in Dresden Röhrhofsgasse, empfiehlt nur Wiederverkäufer täglich Neuheiten. Musterversendungen von M. 5.10 ... Der Versand erfolgt nur gegen vorh. Einsend. des Betrags. [W ...

Eleg. Kinder- u. Klappwagen bill. z. vk. Oppellstr. 19, 1. [W ...

Verantwortl. f. d. redaktionellen Teil: Paul Barthel, Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Naben & Romy, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Sturm im Verfassungsausschuß.

Am Mittwoch war der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer zu einer Sitzung zusammengetreten, um in erster Linie die Entscheidung der Regierung über die Einsetzung einer Zwischendeputation für die weitere Neugestaltung entgegenzunehmen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu beraten. Es lag eine schriftliche Antwort der Regierung vor, aus der sich ergab, daß die Regierung die Einsetzung einer Zwischendeputation **ablehnte**. Das unverständliche Verhalten verstand man mit Zweckmäßigkeitsgründen geschäftlicher Art zu begründen: Die Regierungsbeamten brauchten eine Erholungspause, sie könnten daher dem Ausschuß nicht in erforderlicher Weise zur Verfügung stehen; wenn aber die Arbeit während der Ferienzeit ruhen sollte, dann könnten auch die Beratungen über die Neugestaltung durch eine Zwischendeputation nicht wesentlich gefördert werden. Diese ablehnende Erklärung rief allgemeinen Unwillen bei der erdrückenden Mehrheit des Ausschusses hervor. Man wies darauf hin, daß dieselben Ablehnungsgründe auch für die Zwischendeputation für die fanatische Kohlenabbaurecht gelten. Man könne unmöglich annehmen, daß die von der Regierung angeführten Gründe die wirklichen seien; offenbar sei der tiefere Beweggrund für die Ablehnung der Zwischendeputation die Abneigung gegen die Verfassungsreform überhaupt. Die Regierung zeige dadurch, daß sie die Zeit und ihre Forderungen absolut nicht begreife; man vermisse bei ihr jedes Streben, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen; sie stelle sich so, als sei ihr alles egal. Diese Ausführungen von nationalliberaler Seite hatten den anwesenden Regierungsvertreter, Geheimrat Dr. Schelcher, der offenbar nicht wußte, was er darauf erwidern sollte, in eine unwirsche Stimmung versetzt; nach einer verärgerten Bemerkung, daß die Regierung ihren Standpunkt bekanntgegeben habe, verließ er den Sitzungssaal und spitzte so die durch ablehnende die Haltung der Regierung bereits an den Tag gelegte Brüskierung des Ausschusses und der Zweiten Kammer noch mehr zu. Scharfe Zurufe begleiteten den flüchtenden Regierungsvertreter, der sich noch in der Tür zu einer kurzen Erwiderung darauf umdrehte und dann verschwand. Allgemeiner Unwille und danach eine konservative Beschwichtigungsrede: Man solle doch ruhig bleiben, das sei doch alles nicht so schlimm, die Neugestaltung sei doch auch nicht so dringend. Danach folgte eine scharfe Kritik des Verhaltens der Regierung von sozialdemokratischer Seite, die die Brüskierung des Ausschusses durch die Regierung feststellte, die konservativen Helfershelfer dabei kennzeichnete und nachdrücklich hervorhob, daß sich so der Ausschuß nicht behandeln lassen dürfe; als Antwort auf das Verhalten der Regierung solle man die Mißbilligung zum Ausdruck bringen und als Protest gegen die Verhandlungen als aussichtslos abbrechen.

Die weitere Debatte gestaltete sich sehr lebhaft, und der abwesende Geheimrat bekam dabei manches zu hören, was er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird, wenn er davon Kenntnis erhält. Die Verurteilung des Herrn war schließlich einmütig, nur gingen die Meinungen darüber auseinander, ob es eine bloße Unfühligkeit, eine Unklugheit oder eine Provokation sei oder ob nur das Gefühl der Hilflosigkeit die Flucht verursacht habe. Die Debatte aber geriet schließlich in Gefahr, in der Entrüstung über das Auftreten des Geheimrats Dr. Schelcher die Hauptsache aus dem Auge zu verlieren: die Ablehnung der Zwischendeputation durch die Regierung, in der man die eigentliche Brüskierung zu erblicken hatte. Am ärgsten verfiel ein Unabhängiger in diesen Fehler, der sogar einen Antrag stellte, wonach es die Deputation ablehnen sollte, nochmals mit Geheimrat Schelcher zu verhandeln, und für ihn einen anderen Vertreter verlangen sollte. Dadurch hätte der Vorstoß des Ausschusses auf eine zwar auffällige, aber doch nebensächliche Begleiterscheinung abgelenkt worden und hätte statt der Gesamtregierung das Temperament eines Geheimrats zum Ziel erhalten. Selbst wenn dem Antrage Folge gegeben worden wäre, hätte sich nichts anderes ereignet, als daß für Dr. Schelcher ein anderer Kommissar geschickt worden wäre, der keinen Deut mehr Einsicht bewiesen hätte, denn auch ein solcher hätte doch nur als Beauftragter der Regierung erscheinen können, die den Konflikt heraufbeschworen hatte und gegen die sich der Vorstoß richten mußte. Das wurde nachdrücklich von dem sozialdemokratischen Berichterstatter hervorgehoben und schließlich auch von liberaler Seite betont. Der Antrag des Unabhängigen wurde schließlich auch gegen zwei Stimmen abgelehnt, doch konnte sich der Ausschuß zu einer entschiedeneren Haltung, wie sie von sozialdemokratischer Seite gefordert worden war, zunächst nicht aufschwingen. Man kam schließlich zu einem Beschluß, wonach sich der Ausschuß durch den Weggang des Regierungsvertreters für außerstande erklärt, seine Beratungen fortsetzen zu können, und ersucht um Entsendung eines Kommissars. Damit erklärte man die Forderung des sozialdemokratischen Berichterstatters, das Erscheinen des Ministers zu verlangen und in seiner Gegenwart darüber zu verhandeln, ob die Fortsetzung der Beratungen nach Ablehnung der Zwischendeputation noch Zweck hätte, für erledigt. Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses wird sich nun erneut mit der Zwischendeputationsfrage beschäftigen, worauf die Zweite Kammer dazu Stellung nehmen muß. Dabei sind lebhafte Auseinandersetzungen zu erwarten, die den Konflikt mit der Regierung verschärfen müssen, wenn diese inzwischen nicht einlenkt.

•

In einem in bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Bericht wurde gestern fälschlicherweise behauptet, in der vorletzten Sitzung des Verfassungsausschusses habe ein sozialdemokratischer Redner bedauert, daß in Berliner Blättern falsche Berichte über die letzte Sitzung des Verfassungsausschusses veröffentlicht worden seien. Durch diesen Taschenspielertrick soll eine Rettung an der traurigen Mache der rechtsstehenden Presse versucht werden, die erst alle Mitteilungen über die wichtigen Verhandlungen dieser Sitzung unterschlagen hatte und dann Entrüstung über angeblich irrige, falsche Berichterstattung mimte, als in Berliner Blättern Berichte erschienen, wodurch auch bürgerliche Kreise im wesentlichen zutreffend über die Auseinandersetzungen in der vorletzten Sitzung des Verfassungsausschusses unterrichtet wurden. Wir beschränken uns darauf, diese neueste Mache niedriger zu hängen und zu betonen, daß der angeführte sozialdemokratische Redner gerade das Gegenteil von dem gesagt hat, was ihm jene Presse in den Mund zu legen versucht. Im übrigen hat sich ja inzwischen gezeigt, daß der Hinweis auf den drohenden Konflikt völlig berechtigt und die Entrüstung der rechtsstehenden Zeitungen darüber völlig deplaziert und irreführend war. Zu solchen Blamagen muß es aber kommen, wenn man kurzsichtigerweise Berichte über Vorgänge unterdrückt, die jedem Politiker sagen mußten, daß sie Sturm ankündigten.

Kleinhandelspreise für Kirschen in Kirschbuden und Ladengeschäften.

Die Landespreisprüfungsstelle für das Königreich Sachsen weist darauf hin, daß die Kirschpächter den Erzeugern gleichstehen und deshalb nur die Erzeugerpreise zu fordern berechtigt sind, wenn sie die Kirschen unmittelbar vom Baum an die Verbraucher verkaufen. Diese Erzeugerhöchstpreise sind in ganz Sachsen durch Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 11. Juni wie folgt festgesetzt:

Preßkirschen . . . . . für das Pfund 20 Pf.
Schattenmorellen (Saure Kirschen) . . . . . für das Pfund 40 Pf.
Alle andern Kirschen für das Pfund 35 Pf.

Unterhält der Pächter dauernd während der Ernte einen Kleinhandelsbetrieb (sogen. Kirschbude) und beschäftigt er dabei besonderes Personal, übernimmt also alle Aufwendungen und die Gefahr des Kleinhändlers selbst, so sind ihm zu vorstehenden Preisen höchstens die von der Reichsstelle festgesetzten Zuschläge erlaubt, sofern nicht der zuständige Kommunalverband feste Höchstpreise bestimmt hat. Unter Einrechnung dieser Zuschläge darf der Kirschpächter demnach — wenn er im vorgenannten Sinne den Kleinhandel betreibt — dem Verbraucher höchstens fordern:

für Preßkirschen . . . . . für das Pfund 28 Pf.
für Schattenmorellen (Saure Kirschen) . . für das Pfund 55 Pf.
für alle andern Kirschen für das Pfund 46 Pf.

Die Einhaltung dieser Preise wird von den Kommunalverbänden streng überwacht werden. Die Zugabe von Tüten oder anderer Verpackung aus Papier ist in diese Preise inbegriffen; für sie darf also keine besondere Vergütung gefordert werden. Beim Verkauf der Kirschen in den städtischen Ladengeschäften können zu vorstehenden Preisen noch die Vergütung des Großhändlers und die Fracht hinzu. Bei den Schattenmorellen und den besseren anderen Kirschen kann dieser Zuschlag unter Umständen bis zu 9 und 10 Pf. betragen. Teurer als zu 58 Pf. (Schattenmorellen 65 Pf.) dürften demnach im städtischen Kleinhandel Kirschen nicht verkauft werden. Nicht nur wer höherer als die vorgenannten Preise fordert, sondern auch der Käufer, der sie zahlt, macht sich auf Grund des Höchstpreisgesetzes strafbar.

Herabsetzung der Rindviehpreise.

Am 3. Juli 1917 tritt die Herabsetzung der Rindviehpreise in Kraft. Nur für solche Tiere, die bis zum 3. Juli dem Viehhandelsverband zum Kaufe angeboten sind, darf noch bis zum 1. August der alte höhere Höchstpreis weitergezahlt werden.

Leipzig. Die Stadt Leipzig hat die überwiegende Mehrzahl der Kuxe der Leipzig-Döllnitzer Kohlenwerke, und zwar über 800 von insgesamt 1000, erworben. Damit ist die Stadt Besitzerin von mehr als Dreiviertelmehrheit der Kuxe dieser Gewerkschaft, deren Förderung im Jahre 1915 insgesamt 1 137 860 Hektoliter betrug, 1916 aber etwas unter dieser Ziffer blieb. Offenbar soll nun die Kohlenförderung dieses Werkes zur besseren Versorgung der Stadt Leipzig erheblich gesteigert werden.

Stadt-Chronik.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Am heutigen Donnerstag werden sich die Stadtverordneten mit der seit längerer Zeit angekündigten Ratsvorlage auf Erhöhung des Tarifs der städtischen Straßenbahn beschäftigen, einer Angelegenheit, die für die Dresdner Bevölkerung von der größten Wichtigkeit ist. Während man dicht vor dem Kriege vor der Einführung des 10-Pfennig-Umsteigefahrscheines stand, hat der unselige Krieg es mit sich gebracht, daß zu der allgemeinen Teuerung auch noch eine ganz erhebliche Verteuerung der Straßenbahnfahrten treten soll. Es versteht sich von selbst, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion nach Kräften bemüht gewesen ist, die Interessen, namentlich der ärmeren Klassen, in dieser Sache wahrzunehmen. So ist es denn auch in den vereinigten Ausschüssen gelungen, wesentliche Verbesserungen der Ratsvorlage durchzudrücken. Trotzalledem wird die Vorlage von der Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden.

Die Vorschläge des Rates sind bereits seit einiger Zeit und in der Presse ausgiebig behandelt worden. In teilweiser Abweichung von der Ratsvorlage macht nun das Gutachten der vereinigten Ausschüsse folgende Vorschläge:

1. A) den Fahrpreis für eine Einzelfahrt auf einer Linie mit 15 Pf. festzusetzen, unter der Bedingung, daß Karten für 8 Fahrten zu 1 M. ausgegeben werden und die Einführung von Umsteigefahrscheinen zu 20 Pf. fortfällt;

B) den Fahrpreis für Kinder von vier bis vierzehn Jahren sowie für jüngere Kinder, falls für letztere ein Platz beansprucht wird, für eine einfache Fahrt auf einer Linie auf 10 Pf., sowie im Nachtverkehr auf 30 Pf. — nicht wie der Rat vorschlägt, auf 15 und 45 Pf. — festzusetzen;

C) die Fahrpreise für Zeitfahrkarten wie folgt festzusetzen:

a) nur an den Werktagen eines Monats gültige Karten kosten für den Monat 8 M. für eine Linie — nicht, wie der Rat vorschlägt, 9 M. —, 12 M. für zwei Linien — nicht 13,50 M. —, 20 M. für sämtliche Linien;

b) Karten, die auch an den Sonn- und Festtagen Gültigkeit besitzen, kosten gegenüber den Sätzen unter a) für den Monat 1 M. mehr für eine Linie, 1,50 für zwei Linien 2,50 für sämtliche Linien;

c) Jahreskarten werden nicht, wie der Rat vorschlägt, für den zehnfachen Betrag, sondern für den elffachen Betrag des betreffenden Monatspreises ausgestellt;

31

Es saust das Rad.

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

15.

Am Montag wurde Bessie auf dem großen, häßlichen methodistischen Friedhof von Long Island begraben. Ich ging nicht zu ihrem Begräbnis, und ich ging auch nicht zur Arbeit, sondern suchte den ganzen Tag vergeblich nach Eunice. Auch die folgenden drei Tage suchte ich sie noch nach Arbeitsschluß von 5 bis 10, denn um 10 Uhr abends mußte ich im Heim sein. Dann aber hielt ich es bei Wolff nicht länger aus, wo mich alles an die zwei erinnerte, die nun spurlos verschwunden waren; ihre Schürzen lagen noch zusammengerollt am gleichen Platz, als seien sie gerade soeben von der Arbeit aufgestanden, und auf Bessies Platz stand noch der Name auf der Tischplatte, den sie mit ihrer Kinderhandschrift eingekritzelt hatte. Nun saßen schon wieder zwei neue Arbeiterinnen auf den leeren Plätzen, auch zwei Freundinnen, die den ganzen Tag über von ihren Liebsten und von Ausflügen plauderten und so froh und glücklich waren, daß ich immer noch trauriger wurde. Ich bat um meine Abrechnung, packte meine und die Schürzen der beiden anderen zusammen und ging.

Ich war im Besitz von fünf Dollar und hatte deshalb die Absicht, den Rest der Woche nach Eunice zu suchen; am Montag hoffte ich dann wieder bei Wolff weiter arbeiten zu können.

Als ich am Sonntag abend müde heimkam, ohne eine Spur von Eunice entdeckt zu haben, sah ich in ihrem Bett eine zarte Gestalt . . . „Sie ist wiedergekommen!" fuhr es mir durch den Kopf, und eilte in größter Freude auf sie zu und berührte sie leise an der Schulter.

„Schau, daß du weiterkommst, dummes Frauenzimmer!" sagte eine böse Stimme und irgendein fremdes Mädchen kroch noch tiefer unter ihre Decke . . .

Am Montag morgen ging ich zu Wolff und bat Miß Hobbs, mich wieder einzustellen, aber ich war als „unverläßlich" vermerkt worden und deshalb von der Liste gestrichen.

Ich begann also neuerdings im Anzeigenteil der Zeitungen nach Arbeit zu suchen.

„Zusammenlegerinnen gesucht. Meldungen beim Vorarbeiter," stand da. Ich hatte keine Ahnung, was eine „Zusammenlegerin" war, beschloß aber dennoch, mich um die Arbeit zu bemühen.

Nach einem langen Weg durch die Stadt kam ich endlich an ein großes, häßliches Gebäude, über dessen ganze Front ein Riesenschild mit der Aufschrift: „Maschinenwäscherei" lief. Im Hof standen lange Reihen von Wagen mit schmutziger Wäsche, die einer nach dem anderen bei einer Tür vorfuhren, wo sie dann entleert wurden. Ich zwängte mich zwischen Kutschern, Wäschekörben, Pferden und Wagen bis zum „Eingang für Arbeiter" durch, wo auf der Treppe bereits eine Menge andere Mädchen wartete, die ebenfalls Arbeit suchten. Wir kamen in einen riesigen Arbeitssaal, eine riesige Waschküche eigentlich, die ganz mit heißem Dampf angefüllt war. Der Vorarbeiter, bei dem wir uns zu melden hatten, machte kurzen Prozeß. Vor mir standen noch 22 andere Bewerberinnen, und er redete sie alle mit „Sally" an, war sonst jedoch in seinem Benehmen verhältnismäßig korrekt und geschäftsmäßig.

Endlich kam auch ich an die Reihe.

„Also, hallo, Sally! Hast du schon früher zusammengelegt?"

„Nein."

„Hast du auch in keiner Wäscherei gearbeitet?"

„Nein, aber bin geschickt und arbeite mich bald ein."

„Wo hast du zuletzt gearbeitet?"

„In einer Etuifabrik."

„Well, also sagen wir 3½ in der Woche; wenn du dich geschickt anstellst, können es später vielleicht 4 werden. Und nun geh mal da hinüber zu den anderen," sagte er und zeigte zu der gegenüberliegenden Wand hinüber, wo die anderen Zweiundzwanzig auf großen Körben mit schmutzigen Wäsche- und Kleidungsstücken hockten. In diesen Körben lag alles nur Erdenkliche an Lumpen bunt durcheinandergewürfelt, Baumwollkleider neben zerschlissenen Seidenhemden, verschossene Kimonos Seite an Seite mit weißen Hemdblusen, und auf einem dieser Körbe saß ein Mädchen mit einer völlig verwelkten, schon braun gewordenen Rose im Haar, die von hellblauen Seidenbändchen gehalten, wurde — ein merkwürdiger Gegensatz zu der ganzen Umgebung.

„Sind Sie mit dem Barbierwagen hergekommen?" fragte ein halbwüchsiges Mädchen und sah mich neugierig an.

Ich verstand nicht, was sie eigentlich meinte, und sie wiederholte ihre Frage deshalb noch einmal.

„Was meint sie eigentlich?" fragte ich eine andere.

„Sie meint, ob Sie in dem Wagen mit Tom gekommen sind?"

„Nein. Wer ist Tom?"

„O, der Tom ist eigentlich Barbier, aber wenn sie hier gerade Leute brauchen, dann fährt er mit den Wagen aus und sucht sich alle zusammen, die er irgendwo auflesen kann, und dann ladet er sie hier ab. Er hat heute drei Ladungen angebracht, und deshalb haben wir geglaubt, Sie seien auch dabei gewesen. Wir beide hatten gerade geschlafen," fügte sie hinzu und zeigte auf ein Mädchen, das an die Wand hingelehnt saß und mit geöffnetem Munde schnarchte. Dann versetzte sie einer Nachbarin einen derben Puff; sie solle Platz machen, damit ich neben ihr zu sitzen käme.

„Haben Sie schon mal die Arbeit gemacht?" fragte sie.

„Nein. Sie?"

Sie lachte hart auf, schob den Aermel ihres Kimonos zurück und zeigte mir, die ich entsetzt zurückfuhr, einen Armstumpf, an dem die Hand fehlte.

„Es ist nicht so gefährlich," sagte sie und lächelte, „das passiert alle Tage, wenn man jemand an die Dampfrolle stellt, der müde ist, wie ein Hund, und so ist es mir eben auch gegangen. Es war an einem Sonnabend abend, und ich war so abgerackert, daß ich kaum mehr die Augen aufhalten konnte, und da mit einem Male — schwupp! steckt die Hand in der Maschine . . . So müde war ich! und gegessen hatte ich den ganzen Tag nicht einen Bissen — nichts als eine Flasche Ingwerbier wegen der Glut —, und doch sagte der Chef, ich sei ganz einfach besoffen gewesen und brachte den Vorarbeiter schließlich dazu, dasselbe zu sagen, und da habe ich es denn gar nicht erst versucht, etwas von der Unfallversicherung zu bekommen . . . Sie haben mich dann ins Hospital geschickt und gesagt, wenn ich soweit sei, könne ich meine Stelle wieder bekommen, aber ich habe ihnen gesagt, wenn sie das mit der Besoffenheit nicht zurücknehmen und mir wenigstens eine kleine Entschädigung zahlen wollen, dann kann ich meine 4 Dollar schließlich auch anderswo verdienen . . ."

(Fortsetzung folgt)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

D) den Fahrpreis für Arbeiterwochenkarten auf 90 Pf. für eine Linie — nicht, wie der Rat vorschlägt, auf 1 M. —, und 1,30 M. für zwei Linien festzusetzen;

2. im übrigen aber die Ratsvorlage zu genehmigen mit noch einigen weiteren Aenderungen, deren wichtigste ist, daß Monatszeitfahrkarten zu ermäßigten Preisen an Lehrlinge und Lehrmädchen ausgegeben werden sollen, die keine höhere Vergütung als 40 M. monatlich (nicht 30 M.) und 9 M. wöchentlich (nicht 7 M.) erhalten.

Weiter wird der Rat darum ersucht, a) umgehend in Erwägungen darüber einzutreten, in welcher Weise den Angestellten mit niedrigem Einkommen, die wegen durchgehender Arbeitszeit die Straßenbahn täglich nur zweimal benutzen (denen daher weder durch die Arbeiterwochenkarte, noch durch die Monatskarte eine Erleichterung zuteil wird), eine Ermäßigung bei Benutzung der Straßenbahn gewährt werden könnte, und den Stadtverordneten eine Vorlage darüber zugehen zu lassen, sowie b) für Militärpersonen ohne Dienstgrad den Fahrpreis auf 10 Pf. festzusetzen.

Ein Minderheitsgutachten van Lindt geht über das Ausschußgutachten noch hinaus, indem es Umsteigefahrscheine zu 20 Pf. eingeführt wissen will, außerdem will es, daß die Zeitfahrkarten ohne Preisaufschlag an allen Tagen, also auch an Sonn- und Festtagen, gültig sind.

Die Vorlage wird selbstverständlich zu lebhaften Debatten im Stadtverordnetenkollegium führen.

Die Not der arbeitenden Frauen.

Mit der Zunahme der Frauenarbeit ist für diese arbeitenden Frauen die Schwierigkeit groß geworden, sich Gemüse usw. zu besorgen. Die Arbeiterinnen in der Fabrik, Post, Bahn und anderen Betrieben sind heute kaum noch in der Lage, ihre Einkäufe in der Markthalle zu besorgen, weil sie keine Zeit dafür haben und, wenn sie ja einmal eine freie Minute haben, dort nichts mehr vorfinden. Aber auch in den Läden der Vororte, wohin sie sich dann wenden, ist für sie nichts mehr zu haben, da andere mit mehr Zeit natürlich früher eingekauft haben. Die Stadtverwaltungen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die arbeitenden Frauen auch Gelegenheit zum Lebensmittelkauf behalten. Man müßte ihnen Vorzugskarten geben und bestimmen, daß in irgendeiner Halle nur gegen deren Vorweisung verkauft werden darf, oder Händler dazu verpflichten, ihnen im Vorbestellverfahren Lebensmittel zu sichern. Auch schwangere und junge Mütter müßten in ähnlicher Weise bevorzugt werden, sonst fahren beim Kauf der wenigen noch freien Lebensmittel gerade die am schlechtesten, die sie am nötigsten brauchen.

Berechnung der Kleinhandelszuschläge beim Gemüseverkauf.

Von der Landes-Preisprüfungsstelle wird uns geschrieben: Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat für den Kleinhandel Zuschläge zum Erwerbspreis festgesetzt, die als oberste Grenze für die Bemessung solcher Zuschläge durch die Kommunalverbände gelten sollen. Der Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land hat diese Zuschläge unverändert übernommen und in wiederholten Veröffentlichungen bekanntgegeben. Nun sind aber die Höchstpreise für Kohlrabi, Karotten, Möhren, Rot- und Weißkohl usw. nach Gewicht festgesetzt. Der Pfundpreis muß also die Grundlage für die Berechnung des Kleinhandelspreises auch dort bilden, wo man gewohnt ist, Gemüsearten nach Bund oder Stück zu verkaufen. Soweit solches Gemüse nicht unter Glas gezogen ist, muß also schon der Erzeuger seinen Bund- und Stückpreis so einrichten, daß er, aufs Pfund umgerechnet, den festgesetzten Höchstpreis nicht überschreitet. Im Grunde genommen dürften derartige Gemüse überhaupt nur nach Gewicht verkauft werden. Der Kleinhändler seinerseits muß dann wieder seinen Bruttonutzen so einrichten, daß er den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Ebenso liegt die Sache mit dem Bruttonutzen des Kleinhändlers. Bei einer Ware, die im Einkauf teurer ist, als eine Mark für die Höchstpreiseinheit, darf er 30 Pf. zuschlagen. Beim Erwerbspreis von 20 bis 29 Pf. darf er auf die Einheit 8 Pf. Nutzen nehmen. Kauft nun der Kleinhändler z. B. sechs Stück Kohlrabi, das Stück zu 20 Pf., und wiegen diese zusammen ein Pfund, dann darf der Händler nur 1,20 M. als Erwerbspreis rechnen und im ganzen 30 Pf. zuschlagen. Er darf aber nicht jeden Kohlrabi als mit 20 Pf. gekauft annehmen und demnach auf das Stück 8 Pf. draufschlagen. Dasselbe gilt für Möhren, bei denen er auch den Pfundpreis für seinen Nutzen zu Grunde legen muß und nicht den Erwerbspreis für jedes einzelne Bund. Unzulässig ist es ferner, Möhren und längliche Karotten in jungem Zustande zum Preise der kleinen Pariser oder Nanteser Karotten zu verkaufen. Diese kleinen Karottenarten haben ihren höheren Preis lediglich wegen ihrer besonderen Güte in reifem Zustande, während gewöhnliche Möhren noch unentwickelt gezogen werden und deshalb keinen Anspruch auf den höheren Preis der kleinen Karotten haben.

Fisch — Fleisch.

Professor Dr. Kraft, Weißer Hirsch, schreibt:

„Das Ministerium des Innern stellt fest, daß [illegible]

werden kann. Wann wird sich das Kriegsernährungsamt endlich entschließen, eingeführte Ware nur für Heer und Marine bzw. öffentliche Anstalten, Krankenhäuser zu verwerten, höchstens durch behördliche Verkaufsstellen auf Kundenlisten im kleinen abgeben zu lassen, womit wie mit einem Schlage der ganz offen betriebene Handel mit ungekaufter Heimatware aufhörte und nur noch der stille Schleichhandel zu bekämpfen bliebe!

Wird die Möglichkeit der Beschlagnahme von Waren bei Höchstpreisüberschreitungen rasch genug betätigt werden, um uns vor der Entziehung unserer Edelobsternten durch auswärtige Preistreiber zu sichern?

Bedauerlich ist, daß solche Hinweise heute noch gegeben werden müssen, nachdem die Regierungen und sonstigen zuständigen Stellen unzählige Male besonders aus den Reihen der Arbeiterschaft, der Masse der Verbraucher, auf die unumgängliche Notwendigkeit solcher und anderer für die Sicherung der Volksernährung ganz selbstverständlichen Maßnahmen hingewiesen worden sind."

Ja, ja, es ist wirklich schon mehr als bedauerlich, daß immer noch zu jedem energischen Schritt gedrängt werden muß. Die maßgebenden Stellen haben all die Zeit einen erschrecklichen Mangel an Kraft und Energie offenbart.

Beendigung der Ausgabe der Obst-Zuckerkarten. Das städtische Lebensmittelamt teilt uns mit, daß die Ausgabe der Obst-Zuckerkarten mit dem 30. Juni geschlossen wird. Diejenigen Personen, die nach den bekanntgegebenen Bestimmungen Anspruch auf eine Obst-Zuckerkarte besitzen, sie aber noch nicht abgeholt haben, müssen die Abholung noch im Laufe dieser Woche bewirken, da sie sonst leer ausgehen. Nach dem 30. Juni ist die Erlangung einer Obst-Zuckerkarte ausgeschlossen.

Herstellung von Pflaumenmus, Obst- und Apfelkraut verboten. Mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers und auf Grund der § 1 und 2 der Verordnung vom 5. August 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 911) wird jede Art der Herstellung von Pflaumenmus zum Zwecke des Absatzes sowie jeder Abschluß von Verträgen über Herstellung und Lieferung von Obstkraut, insbesondere Apfelkraut, ohne Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen m. b. H. untersagt.

Dresdner Lesehalle. Im Juli und August ist der Zeitungslesesaal von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Sonntags nur von 11 bis 2 Uhr vormittags, der Bücherlesesaal im 1. Obergeschoß wochentags von 10 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags, geöffnet (Sonntags geschlossen).

Im Viktoriatheater findet Sonntag, 8 Uhr, die letzte Vorstellung vor der Spielzeitunterbrechung statt. Vom 2. Juli bis Ende Juli fallen die Vorstellungen aus, und vom 1. August an ist nach teilweiser Renovation und der Instandsetzung der Maschinen usw. die Wiederaufnahme der Vorstellungen.

Ein Gartenschlauchdieb. Ein in Vorstadt Kaditz wohnhafter Arbeiter wurde festgenommen, der in letzter Zeit in den Vorstädten Trachau und Kaditz Gartenschläuche gestohlen und an Privatpersonen und Gärtnereien verkauft hat. Einige der gestohlenen Schläuche konnten bereits wieder herbeigeschafft werden. Personen, die noch Schläuche gekauft haben, wollen zur Vermeidung von Weiterungen umgehend dem Kriminalposten Trachau, Roßmäßlerstraße 14, ptr., davon Mitteilung machen.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Aus den beiden letzten Gemeinderatssitzungen vom 17. und 22. Juni sind folgende Beschlüsse hervorzuheben: Die Gemeinderats-Ergänzungswahlen, für die die Wahlperiode Ende dieses Monats abläuft, sollen um ein weiteres Jahr verschoben werden, ebenso die Neuwahl für die beiden Gemeindeältesten. Die vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Dresden erbetene zweite Teuerungszulage von 15 Pf. für die Arbeitsstunde wird genehmigt. Als Kassenassistent und Sparkassenkontrolleur wurde Erich Trinks in Wüstenbrand gewählt. Das Lindenblüten-Pflücken wurde nach den früheren Grundsätzen und nur gegen Erlaubnisschein den erwachsenen Einwohnern gestattet.

Stetzsch. Gegen Vorlegung der grünen Kartoffelkarte und Abgabe des auf die Zeit vom 25. bis 30. Juni gültigen Abschnittes der Zusatz-Kartoffelkarte wird den Schwerarbeitern nächsten Sonnabend in der Simonschen bzw. Schoberschen Bäckerei je ein Pfund Brot verabreicht. — Die Auszahlung des Reichs- und Bezirkszuschusses erfolgt nach der bisherigen Ordnung nächsten Sonnabend, vormittags von 8 bis 12 Uhr.

Cossebaude. Für die Woche vom 1. bis 7. Juli werden auf einen Abschnitt der Kartoffelkarte zwei Pfund Kartoffeln geliefert. Im übrigen wird Mehl abgegeben. Die Kartoffeln werden am 29. Juni in der bisherigen Zeit im Grundstück Hauptstraße 1 (Brauerei von Schirmer) verkauft. Das Mehl ist vom 3. Juli an in den Geschäften käuflich, in denen die letzte Mehlbelieferung erfolgte.

Deuben. Die nächste Auszahlung der Unterstützungen für die Kriegerfamilien auf die Zeit vom 1. bis 15. Juli erfolgt nächsten Freitag, von 9 bis 1 Uhr, in der Gemeindekasse. Sofern die Abhebung der Unterstützungen an diesem Tage nicht erfolgen sollte, kann die Auszahlung erst beim nächsten Zahlungstage [illegible]. Rückgeld zum Wiedergeben ist mitzubringen und bei der Auszahlung bereitzuhalten. — Salzheringe können im Konsumverein Vorwärts, Marktstr., und in der Grünwarenhandlung von Paul Döring, Dresdner Straße, ohne Lebensmittelkarte zum Preise von 34 Pf. für ½ Pfund käuflich entnommen werden. Die Heringe werden nur an solche Käufer abgegeben, die gleichzeitig [illegible]

Löbtau. [illegible]

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Kriegstagung des Textilarbeiter-Verbandes.

[illegible]

Erhöhung der Löhne auf Grundlage eines garantierten Minimal-Tagesverdienstes.

Der Verbandsvorstand wird deshalb verpflichtet, die diesbezüglichen Bemühungen der Kollegenschaft tatkräftig zu fördern und im Falle von Konflikten die Arbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Von den militärischen und behördlichen Stellen, als den einzigen Auftraggebern der Textilindustriellen, erwartet die Generalversammlung eine in den gegenwärtigen Zeitumständen begründete gerechte Würdigung der Arbeiterforderungen."

Die Wünsche und Forderungen der Textilarbeiter betreffs der Uebergangswirtschaft wurden durch folgende, ebenfalls einstimmig angenommene Resolution geltend gemacht:

„Die Textilindustrie ist durch den infolge des Krieges eingetretenen Rohstoffmangel sehr hart betroffen. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie mußten in anderen Industrien Unterkunft suchen. Deshalb erachtet es die außerordentliche Generalversammlung für dringend notwendig, daß die Reichsregierung, die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und die Gemeinden sofort in Erörterungen aller die Uebergangswirtschaft berührenden Fragen eintreten.

Es ist dringend notwendig, daß

I. die Reichsregierung zu den Ausschüssen und Beiräten für die Uebergangswirtschaft auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzieht;

II. a) die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in denen die Textilindustrie einen beachtlichen Bestandteil der Volkswirtschaft bildet, je einen Ausschuß berufen, dem auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen angehören müssen;

b) soweit Bezirksausschüsse notwendig sind, auch in diese solche Vertreter berufen werden;

III. in alle Ausschüsse nur solche Arbeitervertreter berufen werden, die von den Textilarbeiterorganisationen vorgeschlagen werden.

Die Tätigkeit der Ausschüsse hat sich auf alle Fragen der Uebergangswirtschaft zu erstrecken, insbesondere auch auf: 1. Die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe, 2. die Wiedereinstellung der Textilbetriebe auf die Friedenswirtschaft, 3. die Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie, 4. die Arbeitsvermittlung, 5. die Arbeitslosenfürsorge, 6. die Lohnfrage und 7. den Arbeiterschutz.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, die die Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten veranlassen, die Ausschüsse für die Uebergangswirtschaft zu berufen und Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzuziehen."

Die Generalversammlung beschäftigte sich am dritten Verhandlungstage (Mittwoch) noch mit den einzelnen von den Filialen gestellten Anträgen. Beschlossen wurde, daß bei Festsetzung der zu stellenden Lohnforderungen als Maßstab die örtlichen Löhne der Munitions- und Rüstungsindustriearbeiter dienen sollen; daß die Gemaßregeltenunterstützung, die während der Kriegszeit aufgehoben war, ab 1. Juli 1917 wieder ausgezahlt und auch die Streikunterstützung, die zur Zeit ebenfalls nicht gewährt wird, wieder eingeführt wird. Dann folgten noch Beratungen interner Art über Kassenangelegenheiten, worauf die Tagung mit aufmunternden Worten geschlossen wurde.

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Verhandlung gegen die Eheleute Beyer. (Fortsetzung.)

Die mitangeklagte Ehefrau Marie Henriette geb. [illegible] stammt aus sehr vermögender Familie und erklärte auf Befragen, daß sie von den Verträgen, worin sie ihr gesamtes Vermögen und das, was ihr aus Erbschaften noch zufällt, an ihren Sohn abgetreten hat, nichts wußte. Das hätte ihr Mann alles gemacht, ohne mit ihr zu sprechen. Sie hat ihm auch alle ihre Schmuckstücke gegeben und in den letzten Jahren nur unechte Sachen getragen. Seit längerer Zeit lebt sie getrennt von ihrem Mann in Blankenburg. Die Schmucksachen seiner Frau hat B. längst verpfändet. Im Jahre 1913 hat sich die Vermögenslage der Eheleute derartig verschlechtert, daß Pfändungen, meist gegen beide, an der Tagesordnung waren. Anfang 1914 haben beide Eheleute Offenbarungseide geleistet.

In der Beweisaufnahme wurde zunächst der Testamentsvollstrecker, Rechtsanwalt Sch., vernommen, der die den Prozeß berührenden Stellen erklärte. Ein weiterer Zeuge war der Privatmann Hartekopp von hier. Er wohnte mit seiner Schwester 1913 und 1914 in Bärenfels und lernte dort das Ehepaar Beyer kennen. Gegen Ende 1914 habe sich ihm und seiner Schwester das Ehepaar förmlich aufgedrängt. Man wußte, daß er und seine Schwester vermögend waren. Um diese Zeit klagte ihm B. das erstemal seine Geldschwierigkeiten und stellte in Aussicht, daß er ev. die Uniform ausziehen müsse, wenn er nicht 10 000 M. schaffe. B. sagte aber ausdrücklich, er sei nur vorübergehend in Verlegenheit. Von den ständigen Pfändungen, von den Tatsachen, daß er sein gesamtes Vermögen und alles noch zu Erwartende von sich und seiner Frau an seinen Sohn und an eine holländische Bank abgetreten hatte, erwähnte er nichts, ebensowenig von den geleisteten Offenbarungseiden. H. gab B. Ende 1914 die verlangten 10 000 M. und 1. Februar 1915 nochmals 5000 M. Der Schuldschein lautete bis 1. Januar 1916. B. ließ sich nun nicht wieder sehen, zahlte weder Zinsen noch Kapital und antwortete nicht auf die Briefe H.s. Da wendete sich dieser an das Generalkommando. Dort waren aber noch mehr derartige Beschwerden eingegangen. [illegible] B. wurde am 1. August 1916 vom Militär entlassen. [illegible] H.s zur Erlangung seines Eigentums bezeichnete B. als [illegible]. H. hatte bei einer Anwesenheit in Chemnitz von den Verwandten B.s dessen wirtschaftliche Lage erfahren. Schließlich hat H. mit dem Sohne des Angeklagten einen Vergleich geschlossen, wonach B. jun. die 15 000 M. bezahlte, H. aber sämtliche Zinsen und Kosten, die über 2000 M. betrugen, trug. Der Kreissteuerrat M. bezeugte, daß der Angeklagte ein Gesuch um Bestundung der Wehrsteuer bei ihm eingebracht habe, das auch genehmigt worden sei. Heute wisse er, daß ihm damals von B. falsche Angaben gemacht worden seien. Hätte er die volle Wahrheit gewußt, wäre das Gesuch abgeschlagen worden.

Der bei ihm tätigen Aushilfsköchin Apel, jetzt verehelichte [illegible], schrieb Beyer am 31. Januar 1914 einen jammervollen Brief, worin er die A. bat, ihm doch auf ganz kurze Zeit 4—5000 M. zu leihen. Dem Briefe legte er eine Grundstückstaxe seiner Chemnitzer [illegible] schaften (1½ Millionen M.) bei. Die Zeugin gab ihm ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 3600 M., bestehend in zwei Sparkassenbüchern. Vorher hatte sie ihm schon manchmal bis zu 50 M. ausgeholfen und stets alles sofort zurückerhalten. Für das Jahr 1914 erhielt die A. die Zinsen und dann weiter nichts. Sie gab an, daß sie sich nicht getraut hätte, weder Frau B. noch einem anderen Menschen etwas von der Sache zu erzählen. Sie sei, trotzdem sie noch nichts zurückerhalten hat, Herrn Beyer nicht böse. [illegible] Eine weitere Zeugin, Fräulein Kalisch, war vom [illegible] in Stellung. Ihr war B. 2000 M. schuldig, [illegible]

Kunstsalon [illegible]

Leben · Wissen · Kunst

Die dunkle Stadt.

Von Katharina Botsky.

Die Häuser stemmten sich so gut es ging plump und finster in die Dunkelheit heraus. Der wässerige Glanz, der hier und dort an einer Hausfassade spielte, verdankte seinen Ursprung stets einem [illegible]liegenden Schaufenster mit elektrischem Licht. Doch in [illegible] Vierteln gab es wenig solcher Fenster. Die meisten hatten [illegible], und das Gas brannte heute nicht. Zwar nicht aus dem bösen [illegible], aus dem Paris und London seit dem Kriege abends dunkel [illegible], aus augenblicklichem Kohlenmangel. In den Geschäfts[illegible] waren die Laternen nur auf die halbe Leuchtkraft gesetzt, [illegible] in anderen Vierteln, so in denen mit ärmlich riechenden [illegible], herrschte eine zauberhafte Dunkelheit. Lichtlos standen [die] Laternen in den krummen Straßen, und ihre flammenleeren [illegible] schimmerten geheimnisvoll. In den engbrüstigen Schaufenstern gab es ein paar weiße oder gelbe Kerzen, die mit ihren [illegible] Flämmchen die Finsternis vertreiben sollten. Ein kühnes Unternehmen! Wie gekerrt hing der tiefe Abendhimmel über der [illegible] Stadt. Das Schweigen in allen Vierteln war erfüllt [von] den hohlen Seufzern des Windes. Während die Flämmchen [der] Kerzen in den Schaufenstern flimmerten und die blinden Laternen [illegible] klirrten, tanzte die Windsbraut unter melancholischem Singsang um die schwarzen Giebel der schiefen Häuser [illegible].

In einem Torweg, der zu einer Herberge gehörte, stand eine [jug]endliche Frauensperson. Etwas bunt angezogen, stand sie in [illegible] Gummischuhen, aber mit zerrissenen Handschuhen an [den] Händen und rieb sich ratlos die Stirn. An der nicht brennenden Gaslampe über ihrem Kopf war eine Stalllaterne angehängt, [in] der ein Stearinlicht zu sterben schien. In der Herberge selbst [kämp]fte das Licht mit der Finsternis einen schweren Kampf. Die [Artistin] war soeben mit der Bahn angekommen und bedurfte eines [Nacht]quartiers; doch da sie aus der Helle kam, machte sie wieder [kehrt], nachdem sie in die finstere Herberge hereingeguckt hatte. Un[ent]schlossen ging sie weiter.

Eine Kirchenuhr verkündete mit tiefer, dröhnender Stimme [unt]er den Seufzern des Windes die achte Stunde. Wie mit einem [Schlage] wurde es noch dunkler. Hastig erloschen die gelben und [illegible] Kerzen in den Schaufenstern. Die finstere Winternacht [illegible] da kein Gas den Himmel anstrahlte. Die Artistin trat in [einem] kleinen Geschäft, um sich für alle Fälle mit Streichhölzern zu [versehen]. In dem Laden brannte noch ein langes, weißes Stearin[licht] [in] einer Versammlung von großen Schatten, die wie Elefanten [illegible] um die Tonbank lagen. Das Gesicht einer Alten mit [illegible] tauchte in der Dämmerung auf, und eine gelbe, welke [Hand reichte] freundlich das Verlangte.

Draußen zeichnete sich die lange Giebelreihe der Häuser in den [schwarzen] Himmel hinein. Der Sturm riß an den Wolken. Wie [illegible] ein zerbrochenes Zeichen beglänzte der Mond sekundenlang [illegible] Wolkentanz. Die unteren Etagen der Häuser verloren sich [illegible] in der Finsternis. Ab und zu trat ein geisterhaft angestrahltes dunkles Fenster wie etwas Freischwebendes aus unsichtbarer [Haus]fassade heraus. An einem einsamen Garten leuchtete hellblau [ein]e elektrische Kugellampe. Der Sturm schwang sie, eintönig [illegible] pfeifend, hin und her. Über die gegenüberliegende kurze [illegible]seite jagten ohne Unterlaß fahle Lichtwellen bei den [Schwin]gungen der Kugellampe. Ein paar Pferdeköpfe besahen [illegible] ihre schwarzen, flutenden Profile auf einer grauen [illegible]tür. Die Artistin blieb stehen. Schon wieder hatte sie die [Em]pfindung, als ob ihr jemand im Dunkeln auf den Fersen sei. [illegible] ihren Lippen machte sie kehrt, um zu ergründen, ob sie sich [täu]schte oder nicht.

[Ver]schwand nicht soeben eine schattenhafte Gestalt hinter der vorspringenden Mauer? Jeder Fußgänger sah wie ein [illegible] aus. Scheu und mißtrauisch wichen die Schatten einander [illegible]. Mancher trug behutsam eine Laterne in der Hand. Die gute [alte] Zeit schien wiedergekehrt zu sein. O, wie war sie doch gemütlich!

Der Schreck schleuderte Therese einen Schritt rückwärts, als [ihr] hinter der vorspringenden Speichermauer in der flutend beleuchteten Finsternis ein graues Männerantlitz entgegenstarrte. [Die] fahlen Lichtwellen der hellblauen Kugellampe krochen schlangen[artig] über den Mann in der Ecke. Bald war nur der Oberkörper [sichtbar], bald nur die Beine. Wie hypnotisiert starrte Therese auf [die] Stelle, an der das Gesicht gleich wieder zum Vorschein kommen [mußte]. Schon war es da, grinste — und verschwand. Das ganze [hatte] etwas Traumhaftes, etwas Unwirkliches. In diesem Augen[blick] [illegible] ein Ungeheuer von einem Lastauto die schwarze Straße [illegible]. Ein Lichtstrom flog ihm voraus und ein Riesenschatten [illegible] ihm zur Rechten. Therese schwankte ein wenig bei dem [illegible] Luftdruck, als das blendende Ungeheuer vorüberschwirrte. Zugleich rüttelte der Sturm an ihrer schmächtigen Gestalt. Zugleich [riß] ihr das Individuum aus der Ecke die Handtasche weg. Die [Hand]tasche, die ihr Portemonnaie enthielt. Die Artistin stieß einen [illegible], gellenden Schrei aus, den der Sturm verschlang.

Flutend beleuchtete die Kugellampe die graue Speicherreihe. [Ein] Schatten geisterte über die Mauer hin. Das war der des [Die]bes. Doch was nützte es, zu schreien: Haltet ihn! haltet den [Dieb]! Der Sturm zerriß die Worte vor dem Munde, auch war [kein] Mensch zu sehen. Alles, was die Bestohlene tun konnte, war, [illegible] die Verfolgung aufzunehmen. Mit einem katzenhaften Satz [sprang] sie dem Schatten nach.

Ein Gummischuh fiel ihr vom Fuß und blieb verlassen stehen. [Th]erese hatte keine Zeit, ihn wieder anzuziehen. Alle Sinne angespannt, glitt sie dem Schatten nach. Alle Kerzen waren in den [Sch]aufenstern erloschen, ebenso die elektrischen Lampen. In dem [gan]zen Viertel herrschte eine zauberhafte Finsternis. Mancher hatte [eine] Laterne an seine Haustür gehängt, die einem noch nicht Heim[gekehrten] den Weg weisen sollte. Doch waren der Laternen nur [we]nige.

Der Schatten des Diebes ertrank in der Nacht. Therese [ver]mochte nur noch zu erraten, wo sich der huschende Mann be[fin]den konnte. Gleitende Gestalten äfften sie bald hier bald dort. [Mi]t weit offenen Augen erklomm sie eine schwarze Treppe, die [zwei] Straßen miteinander verband. Mit einem erstickenden Schrei [eilte] sie dort einem Schatten nach. Als sie die Höhe der Treppe [erreicht] hatte, blies der Wind von unten in ihren weiten Rock und [warf] ihn ihr über den Kopf. Wieder beglänzte der Mond sekunden[lang] [illegible] eine Wolke. Aber Therese konnte nichts sehen, denn der [illegible] bunter Rockfalten flog wie närrisch um ihr Gesicht. Ver[illegible] ihre großen, etwas leeren Augen aus dem bunten [illegible] zum Himmel auf. Mit beiden Händen packte sie den Rock [vor] der Brust und stürzte weiter. Ein einsamer Gummischuh [blieb] auf der Treppe zurück.

[Licht] und Wunder! Hier brannten Laternen! Allerdings [illegible] feierlich [illegible], aber sie brannten doch. Düster und feierlich [illegible] zusammen empor. [illegible] Seiten der [illegible] Straße mit [illegible], wenn eine schwarze [illegible] Wagen kam den Berg hinabgerollt [illegible] grauen [illegible] der [illegible] beleuchtete der Mond das [illegible] Regen auf Wagen [illegible] Laternen die Straße hinab.

Therese war schon wieder einem Schatten auf den Fersen. [illegible] Der Schatten entwich vor ihr [illegible] Hier ging es ins Speicherviertel [illegible]

wo am Abend und des Nachts nur halbwilde Katzen lautlos spazieren gehen. Die ganze Sichel des Mondes fuhr wie ein Blitz aus schwarzer Wolke heraus und übergoß die totenstille Speichergegend mit ihrem magischen Licht. In dieser Beleuchtung wurden die alten, schwarz und weiß karierten Speicher langsam sichtbar. Die wunderlichen Abzeichen über ihren Bogentüren sahen wie kabbalistische Zeichen aus, die stumm und gespenstisch ihrer Enträtselung zu harren schienen. Der Mann, den Therese verfolgt hatte, trug einen Sack auf dem Rücken, wie es sich jetzt im Licht herausstellte. Also war es nicht der Dieb. Als er schleichende Schritte hinter sich hörte, blieb er erwartend stehen, anzusehen wie der Mann aus dem Mond mit seinem Sack auf dem Rücken und seiner gebückten, tiefschwarzen Gestalt auf den fahl belichteten Steinen.

„Man hat mir meine Handtasche gestohlen," schluchzte Therese ihm zu. Der Mann aus dem Mond ließ ein tiefes Brummen hören. „Was geht mich das an?!" entgegnete er, sich trollend.

Die Artistin suchte verzweifelt in allen Taschen. Wo sollte sie jetzt hin, mittellos wie sie war? In einer Tasche fand sie die gekauften Wachsstreichhölzer, und da kam ihr eine Idee. Hier in der Nähe gab es eine Straße, in der eine Bekannte von ihr wohnte. Zu der wollte sie hingehen und um ein Nachtquartier bitten.

Die Straße fand sie nach längerem Umherirren; aber sie fand nicht das gesuchte Haus. Die Nummer wußte sie nicht, sie wußte nur, wie das Haus aussah. Der Mond saß schon wieder in einem Wolkensack gefangen. Es schien ein Ding der Unmöglichkeit, in solcher Finsternis ein bestimmtes Haus zu finden. Wie mußte sich Therese glücklich preisen, daß sie noch die Wachsstreichhölzer besaß. Nun sah man folgendes:

Langsam ging ein Schatten durch eine enge schwarze Gasse. Vor jeder Hausfassade der rechten Seite hob er einen langen Arm mit einem Wachsstreichholz in die Höhe, das der Sturm sogleich erlöschte. In der Folge hob er beide Arme, das kleine rote Lichtflämmchen in der Rechten mit den Fingern der Linken schützend. Das Haus war nicht zu finden. Automatisch hoben sich die langen Arme immer wieder mit einem kleinen Feuerflämmchen an den düstern Mauern empor. Flehend schienen die allein sichtbar werdenden Arme und Hände um etwas zu bitten. Die Straße war lang. Müder und müder wurden die Bewegungen der wandernden Arme. Die Suche ging immerzu die rechte Seite herauf und herunter. Irrlichterhaft durchgeisterte das Flämmchen hinter der leuchtenden, hochschwebenden Hand die tote Gasse. Das Haus war nicht zu finden. Auch Fragen führten zu keinem Erfolg. Das Haus schien verschwunden zu sein. Alles schien möglich in dieser zauberhaften Finsternis.

Ein Mann mit einer Fackel, den Therese gern um Hilfe gebeten hätte, rannte eilig an ihr vorbei. Bis sie sich dazu entschlossen hatte, war er längst vorüber. „Hören Sie doch! Hören Sie doch!" rief sie ihm nach. Wütend warf sich der Wind zwischen ihre Rufe und den Mann. Kein verständlicher Laut drang zu ihm. „Hören Sie doch! Hören Sie doch!" schrie Therese hartnäckig weiter. Ein Schatten mit einem fliegenden Tuch torkelte an ihr vorbei und eine Hexenstimme krächzte: „Was schreien Se so? Zehn Se doch beim Schutzmann!"

„Ich suche ein Haus!" rief Therese der Alten nach. „Wissen Sie vielleicht wo — —" Das übrige verschlang der Sturm. Keine Antwort kam. Das fliegende Tuch war verschwunden.

Da jemand ziemlich hastig hinter Therese herkam, blieb sie ängstlich stehen, um ihn vorüber zu lassen. Doch schon gab es im Finstern einen Zusammenprall. Die Artistin flog dabei ein Stück vom Trottoir. Fluchend stampfte ein behäbiger Schatten weiter. Ganz benommen von dem Stoß rieb sich Therese das schmerzende Kinn. „Meine Streichhölzer!" schrie sie plötzlich und brach in ein tolles Gelächter aus. Nun hatte sie auch die Streichhölzer verloren. Was konnte sie noch einbüßen? Die Gummischuhe waren weg, die Handtasche besaß sie nicht mehr, die Streichhölzer hatte sie verloren. Dazu stand sie und lachte, als ob ihr auch noch der Verstand abhanden gekommen wäre. „Ha! Ha! Ha! . . ." lachte es wie toll aus ihr heraus, und der Sturm sang „ho — ho — ho . . ." dazu. Thereses letzter Besitz war jetzt die Hoffnung auf die Hilfe eines Schutzmannes. Diese Hoffnung erblühte ihr als letztes Licht in der dunklen Stadt.

Eifrig ihren verknüllerten Hut zurechtrückend, machte sie sich nach einem Schutzmann auf die Suche. In der Straße mit den Laternen hoffte sie einen anzutreffen. So rasch es die Dunkelheit zuließ, legte sie den kurzen Weg zurück.

Knarrend rollte ein letzter Wagen mit starren roten Rindergebeinen zwischen den düster blickenden Laternen den Berg hinab. Die letzten Fußgänger huschten nach Hause. Kein Schutzmann zu sehen. Eine Kirchenuhr verkündete mit tiefer, dröhnender Stimme die neunte Stunde. Danach schien es noch dunkler zu werden. „Zu Bett! Zu Bett! Zu Bett . . ." mahnte eine Kasernentrompete. Es war zum Verzweifeln. Aber klang jetzt nicht doch der Schritt eines Schutzmannes von der anderen Seite der Straße her? Ach nein! es war ein riesiger Soldat. Im gelben, trüben Gaslicht marschierte die alte Landsknechtsfigur — das Haar ergraut, die Augen von den Jahren ähnlich dem Gas auf halbe Leuchtkraft gesetzt — mit lang und ernsten hängendem Schnurrbart von Haus zu Haus. Auch ein Suchender. Es war zum Verzweifeln! Und gerade in diesem Augenblick nahm das Wunderbare seinen Anfang.

Der runde Rücken des angejahrten Landsturmmannes straffte sich plötzlich: Musik erklang in der Ferne. Trommel- und Pfeifenklänge schwirrten jäh durch die in Nacht und Traum versinkenden Straßen. Trommelwirbel und Pfeifengezwitscher verschlang die hohlen Seufzer des Windes und kletterte weckend an all den finsteren Häusern empor. Meldend: Ein Zug Soldaten zieht in Wind und Nacht durch die Stadt in den Krieg hinaus. Winter und Wind und Nacht — und doch war es nicht kalt. Die Wolkenberge am Himmel sahen wie geladen aus. Als die Pfeifen immer lauter lockten und immer näher schrillten, die Trommeln immer lauter lockten und die Leute, willenlos geworden, aus allen Häusern hervorbrachen, als die Soldaten ruhig und taktmäßig angeschritten kamen, flog ein langer weißer Blitz über das Gewölk. Der Himmel schien, ermachend, zu lächeln. Und ein heller Schein huschte von Gesicht zu Gesicht durch die grauen Reihen der Soldaten. Der Trommelwirbel zog immer mehr Leben aus den Häusern heraus. Es fehlte nur noch, daß die Sonne aufging. Die Trommeln taten was sie konnten und die Pfeifen halfen getreulich mit; aber die Sonne vermochten sie dennoch nicht herbeizulocken. Nacht blieb es. Doch wie ein leuchtender weißer Vogelschwarm flogen überall die Taschentücher in die Höhe beim Vorüberziehen der grauen Kriegerschlange, und es drehten sich die Mädchen mit hellen Augen aus allen Türen heraus.

„Frieda!" schrie Therese plötzlich. „Frieda! Frieda!" und tat vor Freude einen Sprung. Nach die Hände aufwärts[illegible] ein Mädchen aus finsterer Seitengasse heraus vom Trommelwirbel [illegible]. Das war sie, die Freundin, deren Haustür [illegible] Therese so lange vergeblich gesucht hatte. Kein Schutzmann durfte ihr mehr helfen. Die [illegible] hatte es bereits [illegible] klang ein lustiges Echo aus [illegible]. „Frieda!" [illegible] „Friedchen!" [illegible] dem entschwindenden grauen Zug [illegible]. Nur der Wind [illegible].

Die Straßen [illegible] wurden ein [illegible] der [illegible] Soldaten [illegible] über [illegible] eine alte Landsknechtsfigur. Die [illegible] vielleicht [illegible] es noch irgendwo eine [illegible] schwarze Gasse schritt [illegible] und ruhelos durch eine schwarze Gasse schritt.

Bunte Chronik.

Wie alt ist das Leben auf der Erde? Die Frage, seit wieviel Jahren überhaupt Leben auf der Erde besteht, wird keineswegs beantwortet, wenn man sich dabei nur auf die Kenntnis von den ausgestorbenen Tieren und Pflanzen beschränkt. Da sich unterhalb der tier- und pflanzenführenden Erdschichten in einer Mächtigkeit von 30 000 Meter Urgneis, Urschiefer, kristallinische Schiefer befinden, die keinerlei Zeugnis von einstigen Lebewesen geben, wurde meist angenommen, daß das Leben auf der Erde erst seit jener Zeit existiert, in der sich die untersten fossilienführenden Ablagerungen (das Paläozoikum) niederschlugen. Daß diese Auffassung vielleicht ein großer Irrtum ist und daß in keiner Form erhaltene Lebewesen bereits zu einer viel früheren Zeit vorhanden gewesen sein mögen, erörtert an der Hand der Ausführungen verschiedener Gelehrter B. Franz in einer Betrachtung, die von der Umschau wiedergegeben wird. Wenn das Alter verschiedener archäischer Minerallagerstätten von den Forschern Königsberger und Strutt mit 200 bis 500 Millionen Jahren richtig angegeben ist, hat man einigermaßen einen Leitfaden für die Rückverfolgung des Lebens auf der Erde. Höchstwahrscheinlich bestanden bereits vor dem Urgneis Bedingungen, unter denen Leben möglich war, da man heute im sogenannten Urgneis stark veränderte Sedimente erblickt. Es gilt also, in eine noch ältere Zeit hinabzusteigen, nach dem Alter der Meere zu fragen, das ja zweifellos höher sein muß als das archäischer Gesteine. Aus der Tatsache, daß die Flüsse dem Meere jährlich ein Neunzigmilliontel seines Salzgehaltes zuführen, schätzte Jolh das Alter der Meere auf nicht mehr als 95 Millionen Jahre. Aber auf demselben Wege gelangte Mellard Reade zu der Bestimmung von 166 Millionen Jahren. Derselbe Forscher schlug dann einen anderen Weg der Untersuchung ein und fand auf Grund des Kalkgehaltes der Flüsse und desjenigen der Erdrinde, deren gesamter Kalkstein sich ja im Meere gebildet haben muß, für das Minimalalter der Meere die Zahl von 600 Millionen Jahren. Auf ähnlichem Wege kam der Forscher Sederholm zu einer Milliarde Jahren, und da diese Angaben neben den Altersbestimmungen der Mineralien verhältnismäßig niedrig erscheinen, kann nach der Meinung von Franz das Alter der Meere nach Milliarden von Jahren gerechnet werden. Wenn nun das Alter der Erdkruste sich nach den bedeutendsten Forschern auf ungefähr 65 Milliarden Jahre beläuft, erhält man einen nach Zehnern von Jahrmilliarden zählenden Zeitraum, in welchem Organisches aus Anorganischem entstand, d. h. die Uranfänge des Lebens sich herausgebildet haben müssen. So kommt Franz endlich zu dem Schluß, daß die Vorgeschichte des Lebens auf der Erde ungefähr hundertmal so lang gewesen ist wie die Geschichte des Lebens, von dem uns die Fossilien Kunde geben.

Die Mutter.

Mutter, die in Wehen schrie
Wie im Stalle einst Marie,
Rang am Tage sterbensmatt
Auf zerwühlter Lagerstatt.

Nacht. Entsetzen. Qualm und Schrei.
Grinsend stelzt der Tod herbei.
Dorf und Dach brennt lichterloh;
Feuer speiht die feste Bau.

Hörner gellen laut: „Alarm!"
Waffen schleppt ein jeder Arm.
Auf dem Kirchplatz, marschbereit,
Steht das Bataillon gereiht.

Straßen auf und Hügel ab,
Nacht umgähnt uns, wie das Grab.
Feuerschlangen, Seil für Seil,
Steigen die Raketen steil.

[H]inter uns in Gold und Blut
[B]raust und braust des Dorfes Glut.
[K]einer sah die eig'ne Not,
[N]ur des schwachen Weibes Tod. —

Morgens dann, im frühen Tau,
Schritt ich wund und grabengrau
Mühsam bis zum Dorfesrand,
Wo das Haus des Weibes stand.

Asche. Schutt. Vom Brand verzehrt
Ragte seines Glückes Herd.
Nur ein Kätzchen maute noch
Aus des Kellers ödem Loch.

Rauchgeschwärzt und aufgewühlt,
Von des Todes Hauch gefühlt,
Alle Bäume hingemäht,
Lag der Garten, stahlbesät.

Und in einem Strauch versteckt,
Regungslos dahingestreckt,
So wie es das Eisen traf,
Schlief das Weib den Todesschlaf.

Krampfig an das Herz gepreßt,
Hielt sie noch den Säugling fest,
Der aus toten Brüsten trank,
Unersättlich, bleich und krank.

Johannes Schönherr.

Vortragskunst.

Anja Mendelssohn, eine Schülerin des verstorbenen Vortragsmeisters Emil Milan, sprach gestern in fesselnder Einfachheit eine Reihe eigener Dichtungen, von denen eine herbe Novelle „Nächtlicher Ritt" wie zwei formschöne Lieder einer Flötenspielerin weitere Beachtung verdienen. Ein Märchen verarbeitete anschaulich die Lehre von den Platonischen Ideen, blieb aber noch etwas im Bilde stecken. In Herta Hammerstein (Berlin) lernte man eine Komponistin kennen, die in Gefühlsinhalt und Mitteln nicht über Felix Mendelssohn hinausgekommen ist, ohne aber dessen Gestaltungskraft zu besitzen. ob.

Dresdner Kalender.

Theater am 29. Juni. Opernhaus: Der Freischütz (7½). — Schauspielhaus: Agnes Bernauer (7½). — Albert-Theater: Die Maus (8). — Residenz-Theater: Die schwebende Jungfrau (8). — Zentral-Theater: Lili Grün (8).

Kleine Mitteilungen.

Die gotische Kirche St. Lorenz zu Nürnberg, die in bedenklichem Bauzustande ist, wird seit 1903 wieder hergestellt. Jetzt ist nach vierzehnjähriger Arbeit die gefährdete westliche Hälfte mit einem Kostenaufwande von 1 300 000 M. baulich erneuert und wieder vom Gerüst befreit. Nun schreitet man zur Wiederherstellung des östlichen Teiles, der Chorseite.

Der Maler Hugo Flintzer, Direktor der Großherzogl. Zeichenschule in Weimar, ist plötzlich nach kurzem Krankenlager im Alter von 56 Jahren gestorben.

Ein Scheffel-Museum will die Stadt Säckingen errichten. Außerdem wird in Karlsruhe ein Scheffel-Museum gegründet, zu dem die Familie v. Scheffel den literarischen Nachlaß des Dichters beisteuert.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170628/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Parteiausschuß

trat am Dienstag den 26. Juni im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Vorsitzender Ebert begründete die Notwendigkeit seiner Einberufung. Statutengemäß habe der Parteiausschuß an der Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages, der Bestellung der Referenten usw. mitzuwirken. Durch Umfrage habe sich das nicht erledigen lassen. Ebert schlägt vor, die Tagesordnung der Sitzung folgendermaßen festzusetzen:

1. Bericht über die Stockholmer Verhandlungen.
2. Stellungnahme zum Parteitag.
3. Sonstiges.

Den Bericht über Stockholm erstattet **Scheidemann**:

Die Augen der ganzen Menschheit sind jetzt nach Stockholm gerichtet. Man erwartet jetzt von Stockholm und den Sozialisten, was man bisher von den Regierungen leider vergeblich erwartet hat: den Frieden. Ob die Stockholmer Verhandlungen den Erfolg haben werden, uns dem Frieden näher zu bringen, wer kann das wissen? Die bisherigen Verhandlungen in Stockholm sind nicht so verlaufen, wie wir das gewünscht hätten, aber viel besser, als manche von uns befürchtet haben. Viele Kräfte sind am Werke, die Friedensarbeit von Stockholm zu vereiteln. Das erbärmlichste Beispiel dafür sind die Artikel der Leipziger Volkszeitung, welche angeblich die Wahrheit über unsere Friedensarbeit verkünden sollen. Der unabhängige Verfasser, dem offenbar noch nicht genug Blut geflossen ist, hätte eine Zierde der nunmehr erledigten russischen Geheimpolizei werden können. In dem Augenblick, wo man endlich darauf rechnen kann, wenigstens einige der sozialistischen Parteien wieder zusammenzuführen, schleudert dieser führende Mann der Unabhängigen seine unsauberen Manschetten in den Saal, die er mit allerlei Verleumdungen bekritzelt hat. Als Dokument fanatischen Hasses und als Gipfelpunkt politischer Verlogenheit werden diese beiden Aufsätze für zukünftige Historiker dieser Zeit wertvolles Material bieten. Ich müßte stundenlang darüber reden, wollte ich alle Verdächtigungen und Unwahrheiten aufklären und zurückweisen. Ich will mich mit zwei Beispielen begnügen.

Da ist zunächst mein bekannter Glückwunsch an meine Solinger Wähler vom Neujahr 1915. Daraus wird der Teilsatz: „. . . wir wollen die Absichten unserer Gegner zu Schanden machen, wir wollen siegen" herausgegriffen. Damit war klipp und klar gesagt, daß unser Sieg darin bestehen soll, daß wir die Anschläge der Gegner vereiteln. In der Leipziger Volkszeitung aber wird dem Satz eine längere Darlegung vorausgeschickt, derzufolge die Mehrheit lange Zeit einen Sieg im Sinne der Alldeutschen erstrebt habe. Als angeblicher Beweis für unsere Zerschmetterungsgelüste wird aus meinem Satz das Wort „Siegen" hervorgehoben. Wie blödsinnig diese Auslegung ist, beweist der einfache Hinweis auf unsere vorhergegangenen Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember 1914, in denen wir jede Eroberungspolitik weit von uns weisen. In zahlreichen Reden und Artikeln habe ich auseinandergesetzt, daß unser größter Sieg darin bestehen werde, die gegnerischen Pläne zu vereiteln. Weiter legt die Leipziger Volkszeitung in ihren Artikeln dar, ich hätte im März 1915 nicht gewagt, über den Frieden zu sprechen und erst Haase habe gesagt, was nötig gewesen sei. Tatsächlich hat Haase am 10. März zur auswärtigen Politik gesprochen, und zwar im Auftrage der Fraktion, die seine Rede ausdrücklich festgelegt hatte. Ich habe dann nach Haase am 17. März wiederum im Auftrage der Fraktion über die innere Politik zu sprechen gehabt. Ich habe meine Rede so angefangen: „Was zur auswärtigen Politik zu sagen war, hat neulich mein Parteifreund Haase ausgeführt und ist in den Erklärungen der Fraktion vom 4. August und 2. Dezember niedergelegt. Es ist seither kein Ereignis eingetreten, daß uns veranlassen könnte, davon im geringsten abzugehen." Was hat die Leipziger Volkszeitung aus diesem einfachen Tatbestand zusammengefälscht! Ihre Zitate sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, und zwar, um besser auf die Urteilslosen zu wirken, ohne daß auf die politische Situation irgend eine Rücksicht genommen wird, in der so oder anders gesprochen wurde. Richtig ist an der ganzen „Enthüllung" nur das eine, daß wir mehrfach in der Fraktion abgelehnt haben, zu bestimmten Zeiten im Reichstage über den Frieden zu sprechen, nämlich dann, wenn es nach der militärischen und politischen Lage Wahnsinn gewesen wäre und dem Frieden nur geschadet hätte. Zu derselben Zeit, als wir es ablehnten, im Reichstag bestimmte Dinge auszusprechen, haben wir sie hundertfach in Volksversammlungen gesagt. Es kommt darauf an, wo und wann man ein Wort spricht. Praktische Politik ist nicht unabhängig von Raum und Zeit. Es kann Pflicht für uns sein, das Gleiche vier- oder fünfmal im Reichstage und hundertmal in Volksversammlungen zu sagen, aber es könnte unter Umständen ein Verbrechen oder eine Eselei sein, es auch nur ein zweites Mal zu wiederholen. Wir sind immer energisch für einen Frieden der Verständigung eingetreten. Wir haben niemals Grundsätze preisgegeben. Aber Sozialist sein heißt nicht ein Papagei sein, der immer dieselben Formeln herunterbetet. Wir tragen für unsere Taktik die Verantwortung vor dem Land und vor der Geschichte. Wir haben uns stets nach der jeweiligen Situation zu richten.

Das Zustandebringen der Stockholmer Konferenz begegnete großen Schwierigkeiten und wäre ohne Borgbjergs Mitwirkung vielleicht garnicht gelungen. Welches Mißtrauen hat man in der ganzen Welt gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erwecken gesucht! Man hat uns als die eigentlichen Kriegsurheber, als die gehorsamen Diener des deutschen Imperialismus hinzustellen gesucht. Die Denkschrift, die wir über unsere Friedensarbeit in Stockholm überreicht haben, wird manches Mißverständnis und viele darauf begründete Vorurteile hoffentlich zerstören. Freilich beginnt das Fälschen und Verleumden schon wieder. Aus der Bemerkung des Vorwärts, daß die Stockholmer Zusammenkunft der erste Triumph der Friedensbewegung sei, macht die französische Presse, der Vorwärts habe von einem ersten Triumph Deutschlands geschrieben. Auch unser Memorandum von Stockholm ist auf dem Umwege über die englische Presse durchaus unzutreffend nach Frankreich übermittelt worden. Die englische Arbeiterbewegung hat ja leider kein politisches Organ und kaum ein Gewerkschaftsblatt mit irgendwelchem eigenen Nachrichtendienst. Die bürgerliche Ententepresse lügt und schwindelt, und die Humanité unterdrückt und verschweigt vieles. Ueber unsere Arbeit berichtet sie in der Aufmachung des gewissenlosen „Homo"-Grumbach, und da können Sie sich ja denken, welches Bild entsteht. Allen diesen Treibereien kommt nun der Manschettenschreiber der Leipziger Volkszeitung mit seinen Verleumdungen und Fälschungen zu Hilfe. Es ist gar nicht zu ermessen, wieviel Blut an den Fingern dieser Biedermänner klebt. Ohne sie wäre es vielleicht früher gelungen, die Internationale zusammenzubringen, und dann hätte der Menschheit viel Blutvergießen erspart bleiben können.

Scheidemann sprach dann über die gegenwärtige Lage in Rußland. Es kann [illegible] Stellen erscheinen, [illegible] Sache des Arbeiter- und Soldatenrates [illegible] solidiere. [illegible] Bewilligung der [illegible] Genossen [illegible] Kriegskredite bewilligt [illegible] seien, daß es [illegible] das neue Rußland zu verteidigen. Sie hatten sich damit auf den gleichen Standpunkt gestellt, den die deutsche Sozialdemokratie Deutschlands gegen den [illegible] habe.

Scheidemann gab dann eine ausführliche Darstellung der Reise Borgbjergs nach Petersburg. [illegible] neutralen Sozialisten [illegible] Menschheitsinteressen [illegible] die authentischen Mitteilungen [illegible] Bemühungen machen konnte, und daß sehr wertvoll [illegible] erste Frage, die ihm [illegible] war, ob der Reichskanzler mit unseren Erklärungen [illegible] sei. Da zeigte sich sofort, wie unglaublich falsch man im Ausland über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet ist. Borgbjerg hat die russischen Genossen gründlich darüber aufgeklärt, daß wir mit dem Kanzler nichts zu tun haben, daß wir weder Regierungspartei noch Mehrheitspartei sind. Eine weitere Frage der Russen ging dahin, ob andere Parteien mit uns gleicher Meinung seien. Borgbjerg antwortete, daß zweifellos nicht unbedeutende Teile des deutschen Volkes ebenso dächten wie wir. Er dachte dabei an Männer wie Theodor Wolff usw. Weiter fragten die Russen, ob es in Deutschland in absehbarer Zeit eine Revolution geben werde, ob damit sicher zu rechnen sei. Borgbjerg erwiderte, seiner Ueberzeugung nach würde während des Krieges in Deutschland ganz gewiß keine Revolution eintreten, weil das ganze Volk darin einig sei, daß es sich seiner Haut wehren müsse. Ob nach dem Kriege revolutionäre Bewegungen eintreten würden, werde vom Ausgang des Krieges und der Gewährung demokratischer Rechte abhängen. Die Russen dürften nicht glauben, daß in Westeuropa eine Revolution wie bei ihnen möglich sei; eine solche hätte doch auch — um das ihm am nächsten liegende Beispiel anzuführen — in Dänemark, das demokratisch regiert werde, gar keinen Sinn; nur eine soziale Revolution könne für die Weststaaten noch in Betracht kommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dann nach der Sitzung, in der Borgbjerg empfangen wurde, noch ohne ihn über diese Frage beraten, und einer seiner Beauftragten hat Borgbjerg später mitgeteilt, daß seine Mission geglückt sei: der Rat sei bereit, zur Herbeiführung des Friedens im Sinne der Internationale und der Wünsche des Holländisch-skandinavischen Komitees mitzuwirken; er werde allerdings eine sozialistische Friedenskonferenz selbst einberufen. Borgbjerg betonte, daß diese Konferenz nicht im Gegensatz zu den Bemühungen des Holländisch-skandinavischen Komitees stehen wird.

Scheidemann berichtet dann eingehend über die Verhandlungen in Stockholm selbst, die bereits aus der Presse zum Teil bekannt sind. Er hob hervor, daß nicht Branting, sondern Troelstra bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation den Vorsitz geführt habe. Davids ausgezeichnete Rede über die Schuldfrage sei nicht ohne Eindruck geblieben; die Delegation habe beschlossen, sie im Druck erscheinen zu lassen. Unter den Worten Annexionen, Entschädigung, Wiederherstellung denke sich jeder etwas anderes; durch die Stockholmer Beratungen und durch unser Memorandum sind die Fragen einer erfreulichen Klärung entgegengeführt und eine Unterlage für die weiteren Vereinigungsbemühungen geschaffen worden. Besonderen Wert haben wir darauf gelegt, durch dokumentarische Darlegung unserer Friedensarbeit die Mißverständnisse und unhaltbaren Vorurteile gegen uns zu zerstreuen. Wir hoffen, daß die genaue Darlegung unserer unermüdlichen Arbeit für den Frieden auch im Auslande allmählich die Wahrheit zum Siege führen wird; denn wir wollen bei niemand bösen Willen annehmen. Unsere Darlegung wird auch die anderen sozialistischen Parteien veranlassen müssen, sich über ihre Tätigkeit für den Frieden auszuweisen, wie das Thomas ja für die französische Sozialdemokratie schon in Aussicht gestellt hat. Vielleicht können wir dann auch in diesem oder jenem Punkte unser Urteil über die Haltung der französischen oder englischen Sozialdemokratie während des Krieges modifizieren.

Scheidemann faßte sein Urteil über Stockholm dahin zusammen, daß zunächst viele Hindernisse des gegenseitigen Verständnisses aus dem Wege geräumt seien. Die deutsche Delegation habe ihre Schuldigkeit getan und alles geleistet, was in ihren Kräften stand. Sie glaubt, gute Arbeit geleistet zu haben und ist entschlossen, auf diesem Wege weiterzugehen. Nun muß auch die Regierung offen Farbe bekennen; es war falsch von ihr, brockenweise von acht zu acht Tagen den Russen ein günstigeres Sonderangebot zu machen. Auch darf sie nicht länger zögern, vor aller Welt durch die Tat zu beweisen, daß es ihr mit der Neuorientierung ernst ist. Wir brauchen vollkommene politische Freiheit, um das Mißtrauen des Auslandes gegen die deutschen Erklärungen und Absichten zu überwinden. Wir hoffen, daß der Parteiausschuß unsere Arbeit anerkennen wird. Den Verständigungswillen zu kräftigen, scheint uns noch immer der einzige Weg zu einem nahen Frieden, und ihn müssen wir gehen, unbekümmert um das Geschrei von rechts nach links. Arbeiten wir weiter für den Frieden, für Brot und Freiheit! (Lebhafte Zustimmung.)

In der Debatte sprachen Baudert-Weimar, Severing-Bielefeld, Löbe-Breslau, Auer-München, Dr. David, König-Dortmund, Richard Fischer-Berlin, Reißhaus-Erfurt, Haberland-Düsseldorf, Brey-Hannover, Gehl-Danzig, Körner-Ludwigshafen, Keil-Stuttgart und Dr. Gradnauer-Dresden.

Mehrere Redner sprachen der deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich ihren Dank aus für die energische Vertretung der Interessen Deutschlands und des Friedens. Auf Anregung Löbes gab Ebert die Erklärung ab, das deutsche Memorandum von Stockholm werde vom Parteivorstand als Flugschrift zugleich mit der Widerlegung der Leipziger Lügen herausgegeben werden. Eine weitere Anregung Löbes, auch die Materialsammlung über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht nur deutsch und russisch herauszugeben, sondern auch in französischer Sprache zugängig zu machen, soll gleichfalls Beachtung finden.

Im übrigen war die Debatte eine ernste und eingehende Prüfung der politischen Gesamtlage, der Friedensfrage, des Ernährungswesens und der Aufgaben auf dem Gebiet des Verfassungsrechts. Sie fand ihren Abschluß nach einem Schlußwort Scheidemanns in der einstimmigen Annahme folgenden von Löbe beantragten Beschlusses:

„Der Parteiausschuß spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Vorkonferenz sein Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und stimmt den Leitsätzen zu, die sie über die Stellung der deutschen Partei zum Verständigungsfrieden abgegeben hat. Der Parteiausschuß ersucht die deutsche Delegation die Arbeiten bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern."

* *

Ueber den Parteitag

berichtet Ebert: In der vorigen Sitzung des Parteiausschusses war eingehend die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachgewiesen worden, den Parteitag so schnell als möglich einzuberufen. Der Vorstand hat in einem Rundschreiben dem Parteiausschuß den Vorschlag einer Tagesordnung unterbreitet und versucht, die Angelegenheit durch eine schriftliche Rundfrage zu erledigen. Die Tagesordnung war wie folgt vorgeschlagen:

1. Bericht des Vorstandes
   a) Allgemeines (Ebert), b) Kasse (Braun).
2. Bericht der Kontrollkommission (Brühne).
3. Bericht der Reichstagsfraktion (Dr. David).
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Scheidemann).
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Der Vorschlag mit der [illegible] Es ist eine Reihe Einwendungen gegen die [illegible] Tagesordnung [illegible] Breslau [illegible] Punkte 4 [illegible] zu verhandeln. [illegible]

[illegible] Tagesordnungspunkten zu machen, wie es von einigen Seiten empfohlen wird, ist nicht ratsam. Beide Fragen bilden den Hauptteil der Tätigkeit der Parteileitung und der Fraktion, deshalb müssen sie in deren Berichten behandelt werden. Einen Korreferenten zum Fraktionsbericht kann der Fraktionsvorstand nicht befürworten. Die Fraktion ist in der Beurteilung der meisten Fragen durchaus einig. Die Stellung zu den Kriegskrediten ist bereits auf der Reichskonferenz eingehend besprochen. Wünscht hier ein Vertreter der Minderheitsauffassung verlängerte Redezeit, so wird der Parteitag dem nicht widersprechen. Weiter ist angeregt worden, für die Tätigkeit der Fraktion für die Soldaten einen besonderen Referenten zu bestellen. Im schriftlichen Bericht soll dieser Punkt von einem Spezialisten besonders behandelt werden. Außerdem werden wir die dazu erschienenen Presseartikel des Genossen Stücklen als Broschüre hinausgeben. Damit dürfte der Anregung wohl Rechnung getragen sein.

Die Zukunftsaufgaben der Partei sollen unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt werden. Das ist schon lange dringend notwendig. Bisher hat uns der Parteistreit leider immer wieder von dieser Arbeit abgedrängt. Hier ist viel versäumt. Jetzt aber muß unter allen Umständen die Stellung der Partei zu den entscheidenden Fragen präzisiert werden. Um die Behandlung des Themas recht wirksam zu gestalten, sind dazu besondere Vorbereitungen getroffen. Das Hauptthema wird in vier Untergruppen geteilt, für jede Gruppe soll ein besonderer Berichterstatter bestellt werden, und zwar: Demokratisierung: Landsberg; Wirtschaftspolitik: Cunow; Finanzpolitik: Keil; Sozialpolitik: Wissel. Diese vier Berichterstatter sollen schriftliche Berichte geben, die spätestens drei Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden. Der Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung soll dann auf dem Parteitag die Materie und das Ergebnis der vorhergehenden Diskussion zusammenfassend behandeln. Die praktische Durchführung dieses Vorschlags ist sehr wohl möglich und gesichert. Das Verlangen, die Themata einzeln auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Zeit nicht durchführen. Ob für die einzelnen Gebiete ständige Studienkommissionen eingesetzt werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag, kann noch erwogen werden.

Hannover wünscht, die Abänderung des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Gesamtrevision des Statuts sei aber nicht notwendig. Einzelanträge könnten bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden.

Wir halten also an der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung fest. Sie entspricht nach unserer Auffassung am besten den großen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hat. Als Ort des Parteitags schlagen wir Würzburg vor. Die Voraussetzungen für die gute Erledigung der Parteitagsarbeiten sind dort gegeben. Wir hoffen, daß der Würzburger Parteitag der Ausgang neuen Aufstiegs und neuer Erfolge für die Partei sein wird. (Beifall.)

Löbe (Breslau) begründet den Antrag, den Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes und der Fraktion nicht an den Anfang, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. Es sei nicht gut, mit dem Parteistreit zu beginnen. Wir sollten mehr als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitage achten.

Haberland (Elberfeld) fragt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Bunde der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten und regt an, auch den finanzschwachen Kreisen die Delegation zum Parteitag zu ermöglichen. — Andere Diskussionsredner schließen sich dieser Anregung an. Meyer (Müsiringen) bekämpft den Antrag Löbe und befürwortet weiter die Zuziehung des Parteiausschusses zum Parteitag. Brey (Hannover): Uns kommt es nicht auf die Zuziehung des Parteiausschusses zu diesem einen Parteitag an, sondern darauf, daß er Beschlußrecht und damit einen festen Platz in der Parteiorganisation erhält. Einstweilen schwebt der Parteiausschuß ganz in der Luft. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Löbe. Man müsse das Ventil für die Kritik sofort öffnen, dann werde der Parteitag einheitlich ausklingen. Peus (Berlin) polemisiert gleichfalls gegen den Antrag Löbe. König (Dortmund) zieht den Antrag zurück, die Ernährungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; die Erklärung Eberts hierzu hätte ihn befriedigt. Auch König wünscht, daß der Parteitag durch starke Beteiligung und ernste Verhandlung so würdig wie möglich nach außen hin wirken möge. Auer (München) befürwortet den Antrag Löbe mit Rücksicht auf die Preßberichterstattung. Ueber die ersten Tage werde ausführlicher berichtet als über die letzten.

Ebert tritt noch einmal dafür ein, die Rechenschaftsberichte an die Spitze der Verhandlungen zu stellen. Parteivorstand und Fraktion hätten keinen Grund, die Debatten zu fürchten oder hinauszuschieben, selbst wenn dabei Meinungsverschiedenheiten zutage treten. Die Delegation müsse natürlich streng nach dem Statut erfolgen. Jetzt wichtige Organisationsänderungen zu beschließen, während die große Masse der Parteigenossen im Felde stehe, könne er keineswegs empfehlen. Zur Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten habe der Parteivorstand nicht Stellung genommen, doch gehe die Auffassung wohl übereinstimmend dahin, daß alles, was [illegible] angestrebt werde, Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften ist. Die Partei müsse unausgesetzt und entschieden für die Interessen der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsverletzten eintreten, und die Gewerkschaften würden für diese vielleicht sogar besondere Einrichtungen schaffen.

Der Antrag Löbe wird abgelehnt. Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen und Würzburg als Ort des Parteitags festgesetzt.

Ebert teilt mit, daß einer der Genossen, der an der Gründung eines Parteiorgans für Leipzig beteiligt ist, sich wegen Behinderung der Werbearbeit an die Handelskammer gewandt habe. Der Parteivorstand habe damit selbstverständlich nichts zu tun; er verurteilt diesen Schritt. — Weiter teilt Ebert mit, daß die Aenderung in der Redaktion der Gleichheit durchgeführt sei. [illegible] unter der neuen Redaktion erschienenen Nummern zeigten, daß das Frauenorgan der Partei jetzt seine Aufgaben wieder voll erfülle. Die Parteigenossen sollten sich energisch für die Verbreitung der Gleichheit einsetzen.

Damit sind die Verhandlungen beendet.

Bez. Pieschen.
Freitag abend:
Sitzung

4. Wahlkreis
Bezirk 3.
Freitag den 29. Juni
keine Sitzung.

Alte Gebisse
zahle pro Zahn 45 Pf. für Platinabfälle höchste 47.50
J. Hausmann
Webergasse 23, I., Tel. 12320.

Frau Johanna Marschall geb. [illegible]
Friedrich Marschall nebst allen Hinterbliebenen